

Karsten Nowrot

Ein notwendiger „Blick über
den Tellerrand“:
Zur Ausstrahlungswirkung
der Menschenrechte im
internationalen
Investitionsrecht

Heft 122

August 2012

**Ein notwendiger „Blick über den Tellerrand“:
Zur Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte im
internationalen Investitionsrecht**

Von

Karsten Nowrot

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dr. Karsten Nowrot, LL.M. (Indiana) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht (TELC) und dem Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europarecht und Internationales Wirtschaftsrecht (Prof. Dr. Tietje) an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Christian Tietje/Gerhard Kraft/Matthias Lehmann (Hrsg.), Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht, Heft 122

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://www.dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 1612-1368 (print)

ISSN 1868-1778 (elektr.)

ISBN 978-3-86829-520-7 (print)

ISBN 978-3-86829-521-4 (elektr.)

Schutzgebühr Euro 5

Die Hefte der Schriftenreihe „Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht“ finden sich zum Download auf der Website des Instituts bzw. der Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht unter den Adressen:

<http://institut.wirtschaftsrecht.uni-halle.de/de/node/23>

<http://telc.jura.uni-halle.de/de/node/23>

Institut für Wirtschaftsrecht
Forschungsstelle für Transnationales Wirtschaftsrecht
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Universitätsplatz 5
D-06099 Halle (Saale)
Tel.: 0345-55-23149 / -55-23180
Fax: 0345-55-27201
E-Mail: ecohal@jura.uni-halle.de

INHALTSVERZEICHNIS

A. Abschied von der „bête noire“-Perspektive: Zur Bedeutung des Internationalen Wirtschaftsrechts für die Verwirklichung menschenrechtlicher Unternehmensverantwortung	5
B. Menschenrechtliche Fragestellungen im internationalen Investitionsrecht	10
I. Grundlagen und Bedeutung des internationalen Investitionsrechts	10
II. Normative Konsequenzen der gesteigerten Wirkungsmächtigkeit des internationalen Investitionsrechts	13
III. Ansätze für eine unmittelbare menschenrechtliche Verantwortung von Investoren	17
IV. Berücksichtigung der menschenrechtlichen Verantwortung von Gaststaaten: Zur Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte im internationalen Investitionsrecht	19
1. Materiellrechtliche Perspektive: Einbeziehung anderer völkerrechtlicher Sachbereiche in das internationale Investitionsrecht	19
2. Prozedurale Perspektive: Möglichkeiten der Partizipation Dritter	23
C. Ausblick	26
Schrifttum	27

A. Abschied von der „bête noire“-Perspektive: Zur Bedeutung des Internationalen Wirtschaftsrechts für die Verwirklichung menschenrechtlicher Unternehmensverantwortung*

Vielen am internationalen Menschenrechtsschutz im Allgemeinen und der menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen im Besonderen Interessierten gilt das Internationale Wirtschaftsrecht als eine Art „bête noire“. Seine vielfältigen Regelungsbereiche werden oftmals ablehnend als „unternehmensfreundliche“ Rechtsmaterien wahrgenommen,¹ welche keine Verbindung zum Regime des internationalen Menschenrechtsschutzes aufwiesen und denen man schon vor diesem Hintergrund keine weitergehende Aufmerksamkeit zu widmen brauche.² Dies ist jedenfalls insoweit zutreffend gewesen, als sich die zentralen völkerrechtlichen Bereiche des Internationalen Wirtschaftsrechts einerseits und der internationale Schutz der Menschenrechte andererseits seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges über eine lange Zeit hinweg weitgehend in „splendid isolation“ voneinander entwickelt hatten.³

Gleichwohl kann die wahrscheinlich auch als Folge dieser jahrzehntelangen Abschottung weiterhin vielfach zu beobachtende Abneigung auf Seiten der „human rights community“, sich eingehender mit den Ordnungsstrukturen des Internationalen Wirtschaftsrechts auseinanderzusetzen, gerade im Interesse einer effektiven Verwirklichung der Menschenrechte heute nur noch als fragwürdiger Anachronismus charakterisiert werden, welcher den veränderten Realitäten im internationalen System keine hinreichende Beachtung beimisst. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang vor allem der allgemeine Strukturwandel der Völkerrechtsordnung sowie der erhebliche Bedeutungszuwachs, welchen weite Bereiche des Internationalen Wirtschaftsrechts seit den 1990er Jahren erlangt haben.

* Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag des Verfassers im Rahmen der Human Rights Lectures 2009 „Menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen im 21. Jahrhundert“ an der Freien Universität Berlin.

¹ Vgl. am Beispiel des internationalen Investitionsrechts jüngst *Tietje*, Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich, 6 („Ganz in diesem Sinne ist das internationale Investitionsschutzrecht regelmäßiger Kritik von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Hinblick auf dessen behaupteter Gefahr für den Menschenrechtsschutz ausgesetzt.“); siehe auch *Fry*, *Duke Journal of Comparative and International Law* 18 (2007), 77 ff.; allgemein zu Begriff und Gegenstand des Internationalen Wirtschaftsrechts *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 7 ff., m.w.N.

² Siehe z.B. speziell bezogen auf das internationale Investitionsrecht *Dupuy*, in: ders./Francioni/Petersmann (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, 45 („International investment law and human rights law are still perceived [...] by a number of scholars and practitioners as two separate branches of international law, with no substantial overlap.“); *Choudhury*, *Columbia Journal of Transnational Law* 49 (2011), 670 (676) („International human rights law and international investment law continue to be viewed by some as mutually exclusive bodies of law.“); *Klein*, *Goettingen Journal of International Law* 4 (2012), 199 (205) („Traditionally, IHRL [international human rights law] and IIL [international investment law] are seen as completely separated fields of international law [...]“); zu dem daraus resultierenden, vergleichsweise geringen Kenntnisstand vgl. nur *Peterson*, *Human Rights and Bilateral Investment Treaties*, 9 („A recent series of human rights impact assessments of foreign investment projects [...] highlighted considerable gaps in knowledge within the human rights community as to the international legal framework governing and protecting foreign investment, and the human rights impacts of that legal framework.“).

³ *Cottier*, *Journal of International Economic Law* 5 (2002), 111 (112); ähnlich statt vieler *Hilff/Hörmann*, *AVR* 43 (2005), 397 (415 f.); *Dolzer*, in: Herdegen/Klein/Papier u.a. (Hrsg.), *Festschrift für Roman Herzog*, 55 (62); vgl. allerdings auch zu früheren – und aktuellen – Verbindungslinien *Tietje*, *Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich*, 5 ff.; *Hilpold*, *AVR* 45 (2007), 484 (485 f.); *Nelson*, *Journal of World Investment & Trade* 12 (2011), 27 (28 ff.).

Bereits seit einiger Zeit ist zu Recht ein Strukturwandel des Völkerrechts von einem ursprünglich durch die Interessen und den Willen einzelner Staaten geprägten Recht der ausschließlich zwischenstaatlichen Beziehungen⁴ hin zu einem „comprehensive blueprint of social life“⁵ bzw. einem „Weltinnenrecht“⁶ konstatiert worden. Kennzeichnend für diesen Paradigmenwechsel ist insbesondere der Umstand, dass das Völkerrecht in wachsendem Umfang auf die Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange wie dem Schutz der Menschenrechte und der Umwelt sowie der Durchsetzung von Arbeits- und Sozialstandards ausgerichtet ist.⁷ Schon aus dem Umstand, dass die Gemeinwohlorientierung heute also in zentraler Weise „zur konstitutionellen Programmatik des Völkerrechts“ gehört,⁸ kann die Folgerung gezogen werden, dass auch hinsichtlich der normativen Ordnungsstrukturen des internationalen Wirtschaftssystems als Bestandteil des internationalen Systems – und damit des Internationalen Wirtschaftsrechts – der Realisierung und dem Schutz globaler öffentlicher Güter eine maßgebliche Bedeutung zuzumessen ist.⁹

Vor diesem Hintergrund erscheint es denn auch wenig überraschend, dass mittlerweile im Hinblick auf alle drei zentralen völkerrechtlichen Regelungsbereiche des Internationalen Wirtschaftsrechts – dem Welthandelsrecht, dem internationalen Investitionsrecht sowie dem internationalen Währungs- und Finanzrecht – im Grundsatz weitgehende Einigkeit darüber besteht, dass diesen Rechtsgebieten über ihre ökonomischen Zwecksetzungen hinaus auch die Aufgabe zukommt, auftretende Spannungsverhältnisse mit anderen Staatengemeinschaftsinteressen in einen angemessenen Ausgleich im Sinne der Herstellung einer praktischen Konkordanz zu bringen.¹⁰ Wohl am längsten lässt sich eine entsprechende Diskussion im Zusammenhang mit den Aktivitäten der globalen Finanz- und Währungsinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank nachweisen.¹¹ Gleiches gilt – im Gegensatz zu dem noch im Rahmen des GATT 1947 verfolgten „fire wall-Ansatz“¹² – seit Ende der 1990er Jahre für die WTO als der zentralen internationalen Organisation im Bereich der Welthandelsordnung.¹³ Hingewiesen sei hierbei nur auf die weiterhin intensiv geführten Diskussionen über das Verhältnis von Freihandel und Umweltschutz sowie die Einbeziehung des Schutzes der Menschenrechte sowie der Einhaltung von Arbeitsschutzbestimmun-

⁴ So zur Charakterisierung des klassischen Völkerrechtsverständnisses statt vieler *Zemanek*, RdC 266 (1997), 9 (112); *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, Völkerrecht, Bd. I/1, 2 ff.

⁵ *Tomuschat*, RdC 281 (1999), 9 (63).

⁶ *Delbrück*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 9 (2002), 401 ff.

⁷ Zur Bedeutung der Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange im gegenwärtigen Völkerrecht statt vieler *Simma*, RdC 250 (1994), 217 (229 ff.); *Scheyli*, *Konstitutionelle Gemeinwohlorientierung im Völkerrecht*, 203 ff.

⁸ *Häberle*, in: *Gaitanides* (Hrsg.), *Festschrift für Manfred Zuleeg*, 80 (87).

⁹ Eingehender hierzu *Tietje*, in: *ders.* (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 1, Rn. 132 ff., m.w.N.

¹⁰ Vgl. statt vieler *Tietje*, in: *Prieß/Berrisch* (Hrsg.), *WTO-Handbuch*, Abschn. A.II., Rn. 53; *Nettesheim*, in: *Classen/Dittmann/Fechner u.a.* (Hrsg.), *Liber amicorum Thomas Oppermann*, 381 (406); *Weber*, in: *Leible/Ruffert* (Hrsg.), *Völkerrecht und IPR*, 71 (87 f.); deutlich zurückhaltender allerdings beispielsweise *Dolzer*, in: *Herdegen/Klein/Papier u.a.* (Hrsg.), *Festschrift für Roman Herzog*, 55 (62 ff.). Grundlegend zum Prinzip praktischer Konkordanz selbst *Hesse*, *Grundzüge des Verfassungsrechts*, Rn. 72 u. 317 ff.

¹¹ Hierzu u.a. *Moller*, *Netherlands Quarterly of Human Rights* 15 (1997), 21 ff.; *Skogly*, *The Human Rights Obligations of the World Bank and the International Monetary Fund*, 2001.

¹² *Hilff/Oeter*, in: *dies.* (Hrsg.), *WTO-Recht*, § 33, Rn. 11.

¹³ Exemplarisch WTO, *United States – Standards for Reformulated and Conventional Gasoline*, Report of the Appellate Body v. 29. April 1996, 17 („That direction reflects a measure of recognition that the *General Agreement* is not to be read in clinical isolation from public international law.“) (Hervorhebungen im Original).

gen und sozialen Mindeststandards in das Welthandelsrecht.¹⁴ Schließlich sind vergleichbare Problemfelder in jüngerer Zeit aber gerade auch im internationalen Investitionsrecht identifiziert worden.¹⁵

Die Verwirklichung von Gemeinwohlbelangen als Aufgabe des Internationalen Wirtschaftsrechts lässt sich überdies normativ im Wege einer Zusammenschau der Art. 55, 56 und 103 UN-Charta begründen. Nach Art. 103 UN-Charta wird den sich aus der Charta ergebenden völkerrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen eine Vorrangstellung gegenüber vertraglichen Bindungen aus anderen internationalen Übereinkünften eingeräumt. Entgegen seinem restriktiv gefassten Wortlaut erstreckt sich der Anwendungsbereich dieser Vorschrift – bei Zugrundelegung einer gebotenen teleologischen Betrachtung – nicht allein auf konkurrierende völkerrechtliche Verträge. Vielmehr statuiert Art. 103 UN-Charta nach zutreffender Auffassung darüber hinaus auch eine Vorrangstellung gegenüber entgegenstehenden völkergewohnheitsrechtlichen Verpflichtungen, räumt den Vorgaben aus der UN-Charta also in umfassender Weise eine normhierarchisch höhere Position ein.¹⁶ Zu diesen von Art. 103 UN-Charta umfassten Vorgaben gehören dabei unter anderem auch die in den Art. 55 und 56 UN-Charta im Einzelnen statuierten Kooperationsverpflichtungen,¹⁷ welche insgesamt auf die Verwirklichung von Gemeinwohlbelangen ausgerichtet sind.¹⁸ Den in den Art. 55 und 56 UN-Charta niedergelegten Gemeinwohlverpflichtungen muss also vor dem Hintergrund des Art. 103 UN-Charta – gleichsam im Wege einer chartakonformen Auslegung der normativen Regelungsstrukturen des internationalen Wirtschaftssystems – auch im Rahmen der Rechtssetzungs- und Rechtsdurchsetzungsprozesse im Internationalen Wirtschaftsrecht in angemessener Weise Rechnung getragen werden.

Sind somit die einzelnen, von ihrem Anwendungsbereich her vielfach gerade auch nichtstaatliche Akteure wie Unternehmen umfassenden Sachbereiche des Internationalen Wirtschaftsrechts nicht isoliert zu betrachten, sondern insoweit „immer in einem größeren internationalrechtlichen Kontext zu sehen“,¹⁹ erscheint es gerechtfertigt, in Anlehnung an entsprechende dogmatische Konstruktionen auf innerstaatlicher Ebene²⁰ die normative Existenz einer Ausstrahlungswirkung gerade auch der Menschenrechte im Internationalen Wirtschaftsrechtsrecht zu konstatieren.

Bereits vor diesem Hintergrund erscheint es für die am internationalen Schutz der Menschenrechte Interessierten geboten, sich eingehender mit den Regelungsstrukturen des In-

¹⁴ Siehe z.B. *Herrmann/Weiß/Ohler*, Welthandelsrecht, Rn. 1095 ff.; *Hilff/Hörmann*, AVR 43 (2005), 397 ff.; *Trebilcock/Howse*, Minnesota Journal of Global Trade 14 (2005), S. 261 ff., jeweils m.w.N.

¹⁵ Hierzu sogleich *infra* unter B.II.

¹⁶ So überzeugend *Bernhardt*, in: Simma (Hrsg.), The Charter of the United Nations, Bd. 2, Article, 103, Rn. 21; vgl. auch Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskenniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 344 f.

¹⁷ Eingehender zu diesen Verpflichtungen und ihrem normativen Gehalt *Wolfrum*, in: Simma (Hrsg.), The Charter of the United Nations, Bd. 2, Article 55 (a) and (b), Rn. 1 ff.; *Riedel*, in: Simma (Hrsg.), The Charter of the United Nations, Bd. 2, Article 55 (c), Rn. 1 ff.; *Wolfrum*, in: Simma (Hrsg.), The Charter of the United Nations, Bd. 2, Article 56, Rn. 1 ff., jeweils m.w.N.

¹⁸ *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 32 u. 134; *ders.*, BDGVR 45 (2012), 243 (269); *Nowrot/Wardin*, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung, 45 ff.

¹⁹ *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 136.

²⁰ Zur Ausstrahlungswirkung der Grundrechte in der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland bereits BVerfGE 7, 198 (205 ff.); aus jüngerer Zeit z.B. BVerfGE 112, 332 (358); BVerfG, NJW 2009, 2117 (2120); sowie aus dem Schrifttum statt vieler *Stern*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III/1, 923 ff., m.w.N.

ternationalen Wirtschaftsrechts zu befassen, um in effektiver Weise an den Diskursen über die praktische Implementierung dieser Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte mitwirken zu können. Darüber hinaus ist aber auch auf den Umstand hinzuweisen, dass die Steuerungsmechanismen des Internationalen Wirtschaftsrechts²¹ insgesamt in jüngerer Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Diese Entwicklung ist zum einen in faktischer Hinsicht darauf zurückzuführen, dass sein Regelungsgegenstand – die grenzüberschreitenden Wirtschaftstransaktionen – im Zuge der Prozesse der Globalisierung²² einen deutlichen Bedeutungszuwachs erlangt hat. Zum anderen haben aber auch seine normativen Ordnungsstrukturen selbst in vielfacher Hinsicht eine Effektivitätssteigerung erfahren. Über die gerade im Zuge der Finanzkrisen seit den 1990er Jahren und insbesondere in jüngerer Zeit an Bedeutung gewonnenen globalen Währungs- und Finanzinstitutionen²³ hinaus kann zunächst vor allem auf das Welthandelsrecht verwiesen werden, welches durch die WTO-Übereinkommen und die wachsende Anzahl regionaler Wirtschaftsintegrationsabkommen²⁴ eine deutliche Erweiterung seines personellen und sachlichen Anwendungsbereichs – gerade auch durch die verstärkte Einbeziehung nichttarifärer Handelshemmnisse²⁵ – erzielt hat. Von wenigstens ebenso großer Bedeutung ist aber die Verrechtlichung und Effektivierung der Streitbeilegungsmechanismen, welche das Welthandelsrecht gerade auf multilateraler Ebene durch das Dispute Settlement Understanding der WTO erfahren hat.²⁶ Ähnliche Entwicklungen hin zu einer erheblich gesteigerten normativen Wirkungsmächtigkeit sind überdies – wie noch darzulegen sein wird²⁷ – auch für das gegenwärtige internationale Investitionsrecht kennzeichnend.

Dieses deutlich verstärkte rechtliche Potential des Internationalen Wirtschaftsrechts birgt sowohl Chancen als auch Risiken für die Verwirklichung weiterer globaler Gemeinwohlbelange wie dem Schutz der Menschenrechte und der Umwelt.²⁸ Auch im Lichte dieses intensivierten, gleichwohl zunächst einmal als „janusköpfig“ zu qualifizierenden, Wirkungspotentials steht die „human rights community“ also mehr denn je vor der Herausforderung, sich intensiv mit den einschlägigen Rechtsmaterien auseinanderzusetzen, um innerhalb der normativ gestärkten Sachbereiche des Internationalen Wirtschaftsrechts auf einen angemessenen Ausgleich zwischen ökonomischen Belangen und weiteren Staatengemeinschaftsinteressen hinzuwirken.

Zu dem gleichen Ergebnis gelangt man schließlich, wenn man sich den Rahmenbedingungen für die Verwirklichung menschenrechtlicher Unternehmensverantwortung zuwendet. Zwar erwachsen insbesondere aus der Wirkungsmacht transnationaler Unternehmen

²¹ Hierzu *Nowrot*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 2 u. 40 ff.

²² Eingehender zum Begriff und den vielfältigen Prozessen der Globalisierung *Hingst*, Auswirkungen der Globalisierung, 19 ff., m.w.N.

²³ Zu neueren Entwicklungen und Herausforderungen in diesem Bereich statt vieler *Tietje*, BDGVR 45 (2012), 243 (255 ff.); *Calliess*, VVDStRL 71 (2012), 113 (120 ff.), jeweils m.w.N.

²⁴ Zum Phänomen regionaler Wirtschaftsintegration *Nowrot*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 102 ff.

²⁵ Umfassend *Tietje*, Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse in der WTO/GATT-Rechtsordnung, 1998.

²⁶ Vereinbarung über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten v. 15. April 1994, abgedruckt in: *Tietje* (Hrsg.), Welthandelsorganisation, 306 ff.; eingehender hierzu *ders.*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, 2009, § 3, Rn. 9 ff., m.w.N.

²⁷ Vgl. hierzu *infra* unten B.I.

²⁸ So speziell bezogen auf die WTO auch bereits *HilffHörmann*, AVR 43 (2005), 397 (398) („Dieses Potential kann sie [die WTO] sowohl zugunsten als auch zulasten von Menschenrechten nutzen: zugunsten, sofern menschenrechtliche Belange im Rahmen der WTO-Rechtsordnung Beachtung finden, zulasten, sofern sich der Primat der Wirtschaft gegenüber kollidierenden Menschenrechten durchsetzt.“).

als ökonomische und politische Akteure im internationalen System ebenfalls sowohl Chancen als auch Risiken für die Realisierung globaler Gemeinwohlbelange.²⁹ Gleichwohl wird auf der Grundlage der gegenwärtig noch ganz überwiegend vertretenen Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität³⁰ zu Recht ganz überwiegend die Auffassung vertreten, dass diese Steuerungssubjekte – abgesehen von wenigen spezifischen Einzelvorschriften³¹ – mangels ausdrücklicher Übertragung entsprechender internationaler Verhaltensvorgaben im Wege des Völkervertrags- und Völkergewohnheitsrechts zur Zeit grundsätzlich nicht zur Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange verpflichtet sind.³² Vor diesem Hintergrund ist bei der Identifizierung von Ansätzen zur Realisierung menschenrechtlicher Unternehmensverantwortung in der Praxis auch in juristischer Hinsicht gegenwärtig vor allem Kreativität gefragt. Diese Aufforderung mag zunächst etwas verwundern. Es sei jedoch daran erinnert, dass beispielsweise auch die Entdeckung der Praxisrelevanz des *Alien Tort Claims Act* Ende der 1970er Jahre nach einem fast zweihundertjährigen „Dornröschenschlaf“ in erster Linie auf juristischer Kreativität beruhte.³³

Zu dieser gebotenen juristischen Kreativität gehört gerade auch ein „Blick über den Tellerrand“ des internationalen Menschenrechtsschutzregimes in der Weise, dass andere Rechtsgebiete hinsichtlich ihres Potentials zur – jedenfalls mittelbaren – Implementierung menschenrechtlicher Unternehmensverantwortung analysiert werden. Von besonderer Relevanz sind hierbei natürlich solche Rechtsbereiche, welche für transnationale Unternehmen von Bedeutung sind, weil sie ihnen bereits völkerrechtliche Rechtspositionen gewähren oder zumindest wesentliche normative Rahmenstrukturen für ihre ökonomischen Aktivitäten im Ausland konstituieren und somit in Bezug auf diese Akteure ein erhebliches rechtliches Steuerungspotential aufweisen. Bedeutende Beispiele für solche spezifisch unternehmensrelevanten Rechtsregime finden sich – vor dem Hintergrund des primär grenzüberschreitenden Charakters der Wirtschaftsaktivitäten³⁴ – naturgemäß gerade im Internationalen Wirtschaftsrechts. Im Folgenden soll daher eines dieser Sachgebiete – das internationale Investitionsrecht – in Bezug auf Ansätze für eine Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte und damit einer wenigstens mittelbaren menschenrechtlichen Unternehmensverantwortung vorgestellt werden.

²⁹ Ausführlich hierzu *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 214 ff.; *Tully*, Corporations and International Lawmaking, 29 ff.

³⁰ Zu den traditionellen Voraussetzungen für die Etablierung und den Umfang von Völkerrechtssubjektivität statt vieler *Jennings/Watts*, *Oppenheim's International Law*, Bd. I, Introduction and Part 1, 16; *Herdegen*, Völkerrecht, § 7, Rn. 1 ff.; vgl. allerdings auch zur wachsenden Kritik an diesem Ansatz beispielsweise *Higgins*, Problems and Process, 49 f.; *Nowrot*, Zeitschrift für Rechtssoziologie 28 (2007), 21 ff., m.w.N.

³¹ Siehe hierzu u.a. *Kamminga*, in: International Law Association (Hrsg.), Report of the Seventy-First Session, 422 (424); *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 540 f.; *ders.*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, Chapter 10.

³² So u.a. *Tomuschat*, Human Rights, 107 f.; *Hobe*, Völkerrecht, 164; *Schmalenbach*, AVR 39 (2001), 57 (65 ff.); *Reiner/Schreuer*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, 82 (86 ff.); *Dumberry/Dumas-Aubin*, Journal of World Investment & Trade 13 (2012), 349 (351 ff.); deutlich zurückhaltend auch Human Rights Council, Business and Human Rights: Towards Operationalizing the “Protect, Respect and Remedy” Framework, Report of the Special Representative of the Secretary General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and Other Business Enterprises, UN Doc. A/HRC/11/13 v. 22. April 2009, paras. 61 ff.; eingehender hierzu *Nowrot*, Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht, 534 ff., m.w.N.

³³ Hierzu u.a. *Davis*, Justice Across Borders, 18 f.

³⁴ Allgemein hierzu *Tietje*, in: *ders.* (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 1, Rn. 18.

B. Menschenrechtliche Fragestellungen im internationalen Investitionsrecht

I. Grundlagen und Bedeutung des internationalen Investitionsrechts

Regelungsgegenstand des internationalen Investitionsrechts ist die Behandlung ausländischer Investoren und ihrer Investitionen durch diejenigen Staaten, in denen die Investitionen getätigt worden sind (Gaststaaten). Abgesehen vom physischen Schutz des Investors ging es hierbei ursprünglich vor allem um die Zulässigkeitsvoraussetzungen von Enteignungen und den sich hieraus ergebenden Rechtsfolgen. Von seinen Grundlagen her hat sich dieses Rechtsgebiet im Wesentlichen aus dem klassischen völkerrechtlichen Fremdenrecht entwickelt, welches – in Europa im Grundsatz bis in die Zeit der Hanse zurückreichend – auf der Basis von Völkergewohnheitsrecht und völkerrechtlichen Verträgen ausländischen Individuen und juristischen Personen wie Unternehmen im jeweiligen Gaststaat einen Mindestbestand an materiellem und prozessuellem Rechtsschutz garantiert.³⁵

Die Entwicklung des internationalen Investitionsrechts lässt sich für die Zwecke eines Überblicks in drei große Phasen einteilen. Im Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg bestand insbesondere zwischen den Großmächten prinzipielle Einigkeit darüber, dass unabhängig von der entsprechenden innerstaatlichen Rechtslage und damit der Behandlung der eigenen Staatsangehörigen durch den Gaststaat eine Enteignung ausländischen Eigentums nur gegen Zahlung einer angemessenen Entschädigung als völkerrechtlich zulässig anzusehen war.³⁶ Mit den revolutionären Nationalisierungswellen in der UdSSR und Mexiko während und nach dem Ersten Weltkrieg begann sich dieser Staatenkonsens allerdings aufzulösen.³⁷ Während die Industrieländer weiterhin für die Einhaltung internationaler Mindeststandards eintraten, propagierten die lateinamerikanischen und sozialistischen Staaten sowie – nach dem Zweiten Weltkrieg – insbesondere ein Großteil der im Zuge der Dekolonialisierung ihre Unabhängigkeit erlangten Entwicklungsländer eine weitergehende staatliche Regulierungsfreiheit – eine Auseinandersetzung, welche vereinfachend unter den Schlagworten „Calvo doctrine vs. Hull formula“ zusammengefasst werden kann³⁸ und auf der Ebene der UNO ihren Ausdruck insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren in den Debatten über eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ fand.³⁹ Die zweite Entwicklungsphase des internationalen Investitionsrechts zeichnete sich also dadurch aus, dass es „in beachtlichem Maße die ideologischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts reflektiert[e]“⁴⁰ und vor dem

³⁵ Tietje, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 18; eingehender zum völkerrechtlichen Fremdenrecht *Verdross/Simma*, Universelles Völkerrecht, §§ 1209 ff.; *Tomuschat*, in: Merten/Papier (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Bd. VI/2, § 178, Rn. 1 ff.

³⁶ *Lowenfeld*, International Economic Law, 469 f.; *Johnson/Gimblett*, in: Sauvart (Hrsg.), Yearbook of International Investment Law & Policy 2010-2011, 649 (650 ff.).

³⁷ Eingehender hierzu *Lowenfeld*, International Economic Law, 470 ff.; *Dolzer*, Eigentum, Enteignung und Entschädigung im geltenden Völkerrecht, 18 ff.

³⁸ Zu Ursprüngen und Gegenstand der „Calvo doctrine“ sowie der so genannten *Hull-Formel* u.a. *Lowenfeld*, International Economic Law, 471 ff.; *Zoellner*, Das Transparenzprinzip im internationalen Wirtschaftsrecht, 205 ff.

³⁹ Insgesamt zu Inhalt und Konzept der „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ statt vieler *Kimminich*, AVR 20 (1982), 2 ff.

⁴⁰ *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 8, Rn. 2; vgl. aus zeitgenössischer Perspektive die Aussage des U.S. Supreme Court in seinem Urteil v. 23. März 1964 in *Banco Nacional de Cuba v. Sabbatino*, 376 U.S. 398, 428 ff. (1964) („There are few if any issues in international law today on which opinion seems to be so divided as the limitations on a state's power to expropriate the property of aliens. [...] It is difficult to imagine the courts of this country embarking on adjudication in an area which touches more sensitively the practical and ideological goals of the various members of the community of nations.”); die Feststellung des IGH im *Barcelona Traction Case*, ICJ Reports 1970, 3 (47 f.)

Hintergrund der divergierenden Sichtweisen erheblich an normativer Steuerungskraft verlor.

Obgleich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die heutige Bedeutung dieses Rechtsgebiets – insbesondere durch den Abschluss des weltweit ersten bilateralen Investitionsschutzvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pakistan am 25. November 1959⁴¹ und das Inkrafttreten der ICSID-Konvention am 14. Oktober 1966⁴² – im Grundsatz bereits vor längerer Zeit geschaffen worden sind, endete der Zustand eines „dormant international investment law“ in der Praxis erst Anfang der 1990er Jahre. Seitdem hat sich das internationale Investitionsrecht jedoch in dem vergleichsweise kurzen Zeitraum von zwanzig Jahren zu einem der gegenwärtig dynamischsten und wirkungsmächtigsten Sachgebiete der internationalen Rechtsordnung insgesamt entwickelt.⁴³ Die Gründe hierfür sind vielfältig und können hier nicht im Einzelnen dargelegt werden. Im Grundsatz lässt sich dieser erhebliche Bedeutungszuwachs jedoch auf drei – miteinander verbundene und sich wechselseitig verstärkende – Faktoren zurückführen.

Zunächst hat der Regelungsgegenstand dieses Rechtsgebietes, die Tätigkeit ausländischer Investitionen, selbst erheblich an wirtschaftlicher Bedeutung gewonnen. Seit den 1980er Jahren realisierten gerade auch die Entwicklungsländer zunehmend die Funktion ausländischer Investitionen für die Entwicklung ihrer Volkswirtschaften. Dies hatte zur Folge, dass sich immer mehr Staaten um die Schaffung eines „attraktiven Investitionsklimas“ bemühten.⁴⁴ Nicht zuletzt als Konsequenz dieses Einstellungswandels hat sich das weltweite Volumen von Auslandsinvestitionen in den vergangenen Jahrzehnten vervielfacht. Während es beispielsweise im Jahre 1973 noch ca. 25 Mrd. US-\$ betrug, belief es sich im Jahr 2011 bereits auf über 1.520 Mrd. US-\$.⁴⁵

Einen zweiten wesentlichen Faktor stellt die deutliche Verstärkung der normativen Ordnungsstrukturen des materiellen Investitionsrechts dar. Zwar ist dieses Rechtsgebiet immer noch durch eine „oftmals verwirrende Gemengelage unterschiedlicher Rechts-

(„Considering the important developments of the last half-century, the growth of foreign investments and the expansion of international activities of corporations, in particular of holding corporations, which are often multinational, [...], it may at first sight appear surprising that the evolution of the law has not gone further and that no generally accepted rules in the matter have crystallized on the international plane. Nevertheless, a more thorough examination of the facts show that the law on the subject has been formed in a period characterized by an intense conflict of systems and interests.”); sowie aus dem Schrifttum statt vieler *Fikentscher*, Wirtschaftsrecht, Bd. 1, 264 („Es handelt sich um ein dorniges Kapitel, das eine Fülle ungelöster Probleme enthält.“).

⁴¹ Vertrag zur Förderung und zum Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Pakistan v. 25. November 1959, BGBl. 1961 II, 793.

⁴² Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States v. 18. März 1965, abgedruckt in: I.L.M. 4 (1965), 532 ff.

⁴³ Exemplarisch zu dieser Wahrnehmung statt vieler *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 2 („Since 1990, however, the field of foreign investment law has expanded dramatically.“); *Braun*, Ausprägungen der Globalisierung, 16 („Es gehört zu den dynamischsten Gebieten des Völkerrechts [...]“); *Salacuse/Sullivan*, Harvard International Law Journal 46 (2005), 67 („International investment law has undergone a remarkable transformation in a relatively short time.“).

⁴⁴ Vgl. u.a. *Krajewski*, Wirtschaftsvölkerrecht, Rn. 526; *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 8, Rn. 5.

⁴⁵ UNCTAD, World Investment Report 2012, Towards a New Generation of Investment Policies, 2012, 3; im Jahre 2007 erreichte dieser Wert sogar die Rekordsumme von 1.979 Mrd. US-\$, vgl. UNCTAD, World Investment Report 2009, Transnational Corporations, Agricultural Production and Development, 2009, 3; für den entsprechenden Wert aus dem Jahre 1973 siehe *Salacuse/Sullivan*, Harvard International Law Journal 46 (2005), 67 (71).

quellen“ gekennzeichnet,⁴⁶ wobei hierzu weiterhin völkergewohnheitsrechtliche Regelungen sowie gerade auch direkte vertragliche Vereinbarungen zwischen Gaststaaten und ausländischen Investoren, so genannte „state contracts“, gehören.⁴⁷ Die bedeutendste Grundlage bilden gegenwärtig jedoch die mittlerweile mehr als 2830 bilateralen völkerrechtlichen Investitionsabkommen (BITs) zwischen den Heimat- und Gaststaaten der Investoren.⁴⁸ Trotz der sich hieraus ergebenden formellen Fragmentierung des internationalen Investitionsrechts sind die BITs bezogen auf die in ihnen statuierten materiellrechtlichen Schutzstandards wie Meistbegünstigung, Inländergleichbehandlung, gerechte und billige Behandlung sowie Enteignungsschutz einschließlich Entschädigungsstandards im Grundsatz weitgehend standardisiert.⁴⁹ Gemeinsam mit den zurzeit bereits mehr als 330 weiteren völkerrechtlichen Vereinbarungen, welche als bilaterale und regionale Wirtschaftsintegrationsabkommen wie etwa Kapitel 11 des North American Free Trade Agreement (NAFTA) oder als multilateral-sektorale Übereinkommen wie insbesondere der Energiechartavertrag ebenfalls investitionsrechtliche Regelungen enthalten,⁵⁰ konstituieren sie heute einen umfangreichen normativen Kernbestand an weitgehend unumstrittenen materiellen Schutzstandards für ausländische Investoren.

Schließlich, und dies ist unter Gesichtspunkten der Praxisrelevanz als wenigstens ebenso bedeutsam einzuschätzen, haben die Rechtsverwirklichungsstrukturen im internationalen Investitionsrecht insbesondere in Gestalt von internationalen Schiedsverfahren zwischen Gaststaaten und Investoren in jüngerer Zeit eine erhebliche Effektivitätssteigerung erfahren.⁵¹ Zwar ist diese Form der „gemischten“ Streitbeilegung – vor dem Hintergrund der für den Investor mit der Möglichkeit des Rechtsschutzes vor den innerstaatlichen Gerichten des Gaststaates und der Ausübung diplomatischen Schutzes durch den Heimatstaat verbundenen Herausforderungen⁵² – in der Praxis bereits seit den 1930er Jahren bekannt.⁵³ Während jedoch entsprechende Staat-Investor-Streitbeilegungsverfahren vormals durch *ad hoc*

⁴⁶ So und eingehender zu den Rechtsquellen des internationalen Investitionsrechts *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 8, Rn. 7 ff.; ähnlich u.a. *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 17; *ders.*, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 2011, 128.

⁴⁷ Hierzu sowie zur rechtsdogmatischen Einordnung der „state contracts“ *Nowrot*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 73 ff., m.w.N.

⁴⁸ UNCTAD, World Investment Report 2012, Towards a New Generation of Investment Policies, 2012, 84; allein die Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig (Stand 27. April 2012) Vertragspartei von 131 in Kraft getretenen bilateralen Investitionsverträgen und hat 8 weitere unterzeichnet, siehe die Angaben unter www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/B/bilaterale-investitionsfoerderungs-und-schutzvertraege-IFV,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf (besucht am 24. August 2012).

⁴⁹ Vgl. u.a. *McLachlan/Shore/Weiniger*, International Investment Arbitration, 2007, 26; *Salacuse*, The Law of Investment Treaties, 126 ff.; *Muchlinski*, in: Sauvant/Sachs (Hrsg.), The Effect of Treaties on Foreign Direct Investment, 37 (38); *Qureshi/Ziegler*, International Economic Law, 499; *Schill*, The Multilateralization of International Investment Law, 11 ff.; eingehender zu den einzelnen Schutzstandards *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 89 ff.

⁵⁰ UNCTAD, World Investment Report 2012, Towards a New Generation of Investment Policies, 2012, 84; siehe hierzu auch u.a. UNCTAD, Investment Provisions in Economic Integration Agreements, 2006; speziell zum Energiechartavertrag *Happ*, Schiedsverfahren zwischen Staaten und Investoren, 115 ff.; *RoelHappold*, Settlement of Investment Disputes, 7 ff.; vgl. überdies zur Relevanz einiger Übereinkommen der WTO-Rechtsordnung für das Investitionsrecht *Beviglia Zampetti/Sauvé*, in: Guzman/Sykes (Hrsg.), Research Handbook in International Economic Law, 211 (252 ff.).

⁵¹ Exemplarisch *Reinisch*, in: Binder/Kriebaum/Reinisch u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 894 (916) („Investment arbitration has experienced an enormous boom in the late 1990s which continues in the first decade of the 21st century.“).

⁵² Hierzu u.a. *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 211 ff.; *Muchlinski*, in: Binder/Kriebaum/Reinisch u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 341 ff.

⁵³ Hierzu sowie im Überblick zur weiteren Entwicklung *Reinisch*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 18, Rn. 15, m.w.N.

Schiedsgerichte entschieden worden sind, werden sie in jüngerer Zeit ganz überwiegend im Rahmen einer institutionalisierten Schiedsgerichtsbarkeit durchgeführt. Neben den Verfahren nach der ICSID-Konvention, dem gegenwärtig in der Investitionspraxis wichtigsten institutionellen Schiedsverfahren,⁵⁴ kommt hierbei unter anderem auch der Internationalen Handelskammer (ICC), dem Schiedsgerichtsinstitut der Stockholmer Handelskammer und – allerdings ohne institutionelle Einbindung – den UNCITRAL Arbitration Rules vom 28. April 1976 in ihrer gegenwärtig anwendbaren Fassung vom 15. August 2010 Bedeutung zu.⁵⁵ Hiermit einhergehend vollzog sich auch ein Wandel hinsichtlich der Rechtsgrundlage der für die Einleitung eines Verfahrens zwingend erforderlichen Schiedsvereinbarung. Während entsprechende Schiedsklauseln vormals so gut wie ausschließlich in den „state contracts“ zwischen Gaststaat und Investor niedergelegt waren, verlagerte sich die typische normative Basis dieser Klauseln in jüngerer Zeit in die BITs zwischen Heimat- und Gaststaat, welche nunmehr die in der Praxis bedeutsamste Rechtsgrundlage für die Durchführung von Streitbeilegungsverfahren bilden.⁵⁶ Schon die quantitative Entwicklung der Streitbeilegungsverfahren auf der Grundlage der ICSID-Konvention⁵⁷ verdeutlicht dabei die erhebliche Dynamisierung und Effektivierung, welche das Investitionsrecht durch die Anerkennung dieser individuellen Rechtsschutzmöglichkeiten der Investoren gegen den jeweiligen Gaststaat erfahren hat. Während es im gesamten Zeitraum von 1966 bis 1993 nur zu insgesamt 27 Verfahren nach der ICSID-Konvention gekommen ist, wird seit 1998 im Durchschnitt pro Monat ein neuer Fall registriert.⁵⁸ Anfang August 2012 waren insgesamt 246 Verfahren abgeschlossen und weitere 147 Verfahren anhängig.⁵⁹

II. Normative Konsequenzen der gesteigerten Wirkungsmächtigkeit des internationalen Investitionsrechts

Die Dynamisierung und normative Wirkungssteigerung des internationalen Investitionsrechts bleibt naturgemäß nicht ohne Auswirkungen auf das Rechtsverhältnis zwischen Gaststaat und privatem Investor. Zum einen haben Investoren – und damit gerade auch transnationale Unternehmen – auf der Grundlage der dargelegten neueren Entwicklungen insbesondere im Bereich der gemischten Investitionsschiedsgerichtsbarkeit eine erhebliche völkerrechtliche Aufwertung im Sinne eines Status als internationale Berechtigungsobjekte

⁵⁴ *Dugan/Wallace/Rubins/Sabahi*, Investor-State Arbitration, 50; *Griebel*, Internationales Investitionsrecht, 115.

⁵⁵ Eingehender hierzu *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 23 ff.

⁵⁶ *Tietje/Nowrot/Wackernagel*, Once and Forever?, 19; zu den nunmehr in der ganz überwiegenden Mehrheit der BITs enthaltenen Investor-Staat-Streitbeilegungsklauseln UNCTAD, Bilateral Investment Treaties 1995-2006: Trends in Investment Rulemaking, 2007, 100 ff.; *Muchlinski*, in: Sauvant/Sachs (Hrsg.), The Effect of Treaties on Foreign Direct Investment, 37 (67 ff.).

⁵⁷ Gleiches gilt im Grundsatz wohl für die – allerdings weiterhin vielfach vertraulich durchgeführten – Investitionsstreitbeilegungsverfahren vor der Internationalen Handelskammer, dem Schiedsgerichtsinstitut der Stockholmer Handelskammer bzw. nach den UNCITRAL Arbitration Rules, vgl. *Reinisch*, in: Binder/Kriebaum/Reinisch u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 894 (896); bis Ende 2011 sind insgesamt 450 auf völkerrechtlichen Verträgen basierende Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren bekannt geworden, vgl. UNCTAD, World Investment Report 2012, Towards a New Generation of Investment Policies, 2012, 86.

⁵⁸ *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 26.

⁵⁹ Vgl. die jeweils aktualisierten Informationen im Internet unter: <<http://icsid.worldbank.org/ICSID/Index.jsp>> (besucht am 24. August 2012).

erlangt.⁶⁰ Zwar hat die Zulässigkeit eines Staat-Investor-Streitbeilegungsverfahrens nach Art. 25 Abs. 1 ICSID-Konvention noch zur Voraussetzung, dass die betroffene staatliche Partei ihre konkrete Einwilligung zur Einleitung des Verfahrens gibt.⁶¹ Da somit allein auf der Grundlage der ICSID-Konvention dem ausländischen Investor keine unbedingte völkerrechtliche Rechtsposition auf Einleitung eines Streitbeilegungsverfahrens gewährt wird, ist im Schrifttum zu Recht ganz überwiegend „allenfalls von einer ansatzweise sichtbar werdenden partiellen Völkerrechtssubjektivität“ ausgegangen worden.⁶² Eine andere Bewertung ist jedoch für die Fälle geboten, in denen der entsprechende Gaststaat seine Einwilligung zur Durchführung von gemischten Schiedsverfahren auf der Grundlage eines völkerrechtlichen Vertrages gegeben hat, so dass es nur noch von der Entscheidung des privaten Investors abhängt, ob er dieses völkerrechtlich verbindliche Angebot auf Abschluss einer Schiedsvereinbarung – in der Praxis meistens durch die Einleitung des schiedsgerichtlichen Verfahrens⁶³ – annimmt. Eine solche unbedingte Gewährung eines Rechts auf Einleitung eines Schiedsverfahrens auf völkervertragsrechtlicher Basis – und damit eine Zuweisung unmittelbarer subjektiver Rechtspositionen an private Investoren⁶⁴ – findet sich, wie dargelegt, heute verschiedentlich in Schiedsklauseln, welche in der Mehrzahl der BITs enthalten sind. Während es hierbei jedoch auf die spezifische Formulierung der Schiedsgerichtsklauseln in

⁶⁰ Zur terminologischen Differenzierung zwischen völkerrechtlichen Berechtigungs- und Pflichtsubjekten vgl. bereits *Verdross*, Völkerrecht, 188.

⁶¹ Siehe in diesem Zusammenhang auch die entsprechende Aussage in der Präambel der ICSID-Konvention, derzufolge „no Contracting State shall by the mere fact of its ratification, acceptance or approval of this Convention and without its consent be deemed to be under any obligation to submit any particular dispute to conciliation or arbitration“; sowie beispielsweise *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 223; *Lowenfeld*, International Economic Law, 540; eingehender zum Einwilligungserfordernis nach Art. 25 Abs. 1 ICSID-Konvention *Schreuer/Malintoppi/Reinisch/Sinclair*, The ICSID Convention, Article 25, Rn. 374 ff.

⁶² So *Hobe*, IPRax 22 (2002), 249 (251); ähnlich beispielsweise *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), International Investment Protection and Arbitration, 17 (32); *Schwartzmann*, Private im Wirtschaftsvölkerrecht, 95; anders aber z.B. *Gutto*, in: Snyder/Sathirathai (Hrsg.), Third World Attitudes Toward International Law, 275 (285) („The Convention provides almost full international legal personality to the TNCs.“).

⁶³ Zur Zulässigkeit dieser Vorgehensweise exemplarisch *Generation Ukraine, Inc. v. Ukraine*, ICSID Case No. ARB/00/9, Award v. 16. September 2003, para. 12.2; sowie *Schreuer*, in: Muchlinski/Ortino/Schreuer (Hrsg.), International Investment Law, 830 (837).

⁶⁴ So u.a. *BG Group Plc. v. Argentina*, UNCITRAL Arbitration, Award v. 24. Dezember 2007, para. 145 („The proliferation of bilateral investment treaties has effected a profound transformation of international investment law. Most significantly, under these instruments investors are entitled to seek enforcement of their treaty rights by directly bringing action against the State in whose territory they have invested.“) (Hervorhebung durch Verfasser); *Corn Products International, Inc. v. Mexico*, ICSID Case No. ARB(AF)/04/01, Decision on Responsibility v. 15. Januar 2008, paras. 167 ff. („In the Tribunal’s view, the NAFTA confers upon investors substantive rights separate and distinct from those of the State of which they are nationals. It is now clear that States are not the only entities which can hold rights under international law; individuals and corporations may also possess rights under international law. [...] In the case of Chapter XI of the NAFTA, the Tribunal considers that the intention of the Parties was to confer substantive rights directly upon investors. That follows from the language used and is confirmed by the fact that Chapter XI confers procedural rights upon them.“). Siehe hierzu auch beispielsweise *Tietje*, Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich, 15; *ders.*, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 2011, 128 (135); *ders./Szodrich*, ZBB 2007, 498 (501); *Lauterpacht*, Indiana Journal of Global Legal Studies 4 (1997), 259 (274); *Krajewski*, in: Giegerich (Hrsg.), Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht, 35 (45); *Schöbener/Herbst/Perkams*, Internationales Wirtschaftsrecht, 60 f.; *Braun*, in: Hobe (Hrsg.), Globalization, 51 (55); sowie *Spiermann*, Arbitration International 20 (2004), 179 (185) („It would take an excessively narrow, albeit not unprecedented standard of interpretation to find that bilateral investment treaties do not vest rights in the investor as a subject of international law.“); vgl. zur Diskussion auch u.a. *McLachlan/Shore/Weiniger*, International Investment Arbitration, 61 ff.; *Braun*, Ausprägungen der Globalisierung, 71 ff.; *Douglas*, The International Law of Investment Claims, 10 ff.

den einzelnen BITs ankommt,⁶⁵ enthalten darüber hinaus auch eine wachsende Anzahl weiterer Abkommen eine verbindliche Einwilligung der Vertragsstaaten zur Durchführung von Investor-Staat-Schiedsverfahren. Im Bereich der regionalen Wirtschaftsintegration kann hier zunächst beispielhaft auf Art. 1122 NAFTA, die Art. 10.17 f. CAFTA-DR, Art. 10.16 des Freihandelsabkommens zwischen den USA und Chile sowie Art. 9 des Protocol of Colonia for the Promotion and Reciprocal Protection of Investments in the MERCOSUR verwiesen werden. Gleiches gilt auf multilateral-sektoraler Ebene für Art. 26 Abs. 3 lit. a des Energiechartavertrages, demzufolge im Hinblick auf Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren „each Contracting Party hereby gives its unconditional consent to the submission of a dispute to international arbitration or conciliation“. Diese grundsätzlich vorbehaltlose Zuweisung eines völkerrechtlichen Anspruchs auf Durchführung eines Schiedsverfahrens begründet für die privaten Investoren und damit auch für entsprechende transnationale Unternehmen eine „klare völkerrechtliche Rechtsposition“⁶⁶ und bildet auf diese Weise „another step in their transition from objects to subjects of international law“.⁶⁷

Hat somit der ausländische Investor insbesondere durch die Gewährung effektiver Rechtsschutzmöglichkeiten eine – gerade auch im Vergleich zum Welthandelsrecht – signifikante Stärkung seiner Rechtsstellung erfahren, stellt sich zum anderen die Frage, welche Auswirkungen diese neueren Entwicklungen auf die Regelungshoheit des Gaststaates haben. Obgleich sich auch übereinstimmende Interessen von Investor und Gaststaat nachweisen lassen, ist das internationale Investitionsrecht schon immer in zentraler Weise gerade auch durch das Spannungsverhältnis zwischen den wirtschaftlichen Interessen des Investors und der Regulierungsautonomie des Gaststaates geprägt.⁶⁸ In diesem Zusammenhang ist im Lichte seiner normativen Wirkungssteigerung zu konstatieren, dass dieses Rechtsgebiet –

⁶⁵ Vgl. nur *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 242 („Not all references to investor-state arbitration in BITs constitute binding offers of consent by the host state.“); ähnlich *Schreuer*, in: Muchlinski/Ortino/Schreuer (Hrsg.), International Investment Law, 830 (836); zu der in diesem Zusammenhang möglicherweise relevanten Frage nach einer prozessualen Dimension der in den BITs enthaltenen MFN-Klausel u.a. *Emilio Agustín Maffezini v. Kingdom of Spain*, ICSID Case No. ARB/97/17, Decision on Jurisdiction v. 25. Januar 2000; *Gas Natural SDG v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/10, Decision on Jurisdiction v. 17. Juni 2005; *Salini Costruttori SpA & Italstrade SpA v. Hashemite Kingdom of Jordan*, ICSID Case No. ARB/02/13, Decision on Jurisdiction v. 15. November 2004; *Santiago Tawil*, in: Binder/Kriebaum/Reinisch u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 9 ff.; *Tietje/Nowrot/Wackernagel*, Once and Forever?, 30 m.w.N.

⁶⁶ *Tietje*, Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen, 16; vgl. auch *ders.*, The Applicability of the Energy Charter Treaty, 13 („[...] Art. 26 ECT and its consequent substantive investment protection regulations of Part III ECT clearly indicate that investors gain the status of subjects of international law under the ECT.“); *Schwartzmann*, Private im Wirtschaftsvölkerrecht, 98; sowie eingehend hierzu *Happ*, Schiedsverfahren zwischen Staaten und Investoren, 138 ff.

⁶⁷ *Plama Consortium Ltd. v. Bulgaria*, ICSID Case No. ARB/03/24, Decision on Jurisdiction v. 8. Februar 2005, para. 141 („For all these reasons, Article 26 ECT provides to a covered investor an almost unprecedented remedy for its claim against a host state. [...] By any standards, Article 26 is a very important feature of the ECT which is itself a very significant treaty for investors, marking another step in their transition from objects to subjects of international law.“); vgl. auch *Tietje*, Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht 2011, 128 (135) („unmittelbar aus dem Völkerrecht folgende Rechtspositionen natürlicher und juristischer Personen, die deren partielle Völkerrechtssubjektivität begründen“); *ders.*, in: Giegerich (Hrsg.), Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht, 11 (32) („Besonders herausragend zu nennen ist hierbei sicherlich der Umstand, dass gerade auf Grund der Rechtsentwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte man heute kaum noch bestreiten kann, dass jedenfalls im investitionsschutzrechtlichen Bereich multinationale Unternehmen Völkerrechtssubjekte sind.“); *Braun*, Ausprägungen der Globalisierung, 162 ff.

⁶⁸ Vgl. u.a. *Tietje*, Internationales Investitionsschutzrecht, 5 ff.; *Salacuse*, The Law of Investment Treaties, 37 ff.; *Krajewski*, Wirtschaftsvölkerrecht, Rn. 536; *García-Bolívar*, ICSID Review – Foreign Investment Law Journal 24 (2009), 464 ff.; *Perkams*, Internationale Investitionsschutzabkommen, 21 ff.

ebenso wie das Welthandelsrecht⁶⁹ – in zunehmender Weise sowohl die Ausgestaltung des innerstaatlichen Rechts mitdeterminiert, als auch über ein erhebliches Potential verfügt, die Regulierungsautonomie der Gaststaaten zu beschränken.⁷⁰ Den Grund hierfür bildet nicht allein die Dynamisierung des internationalen Investitionsrechts durch die Anerkennung individueller Klagerechte für Investoren. Vielmehr folgt dieser Effekt aus einer wechselseitigen Verstärkung von prozessualen und materiellrechtlichen Aspekten. Auf materiellrechtlicher Ebene kommt in der Schiedsgerichtspraxis heute nicht mehr im Schwerpunkt dem klassischen Typus der direkten Enteignung bzw. Nationalisierung, sondern dem ebenfalls in den meisten modernen BITs statuierten Schutz vor indirekten Enteignungen sowie unter anderem der Verpflichtung zur gerechten und billigen Behandlung des Investors Relevanz zu. Hierbei handelt es sich um Schutzstandards, welche – beispielsweise durch Vorgaben hinsichtlich der Ausgestaltung von Verwaltungsverfahren – zumindest potentiell einen erheblichen Einfluss auf die Rechtsordnungen der Gaststaaten ausüben.⁷¹

Zwar wird mit dem Abschluss von Investitionsabkommen selbstverständlich auch die Zwecksetzung verfolgt, auf der Grundlage völkerrechtlicher Verpflichtungen des Gaststaates dessen Regelungshoheit zu begrenzen und auf diese Weise verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen für ausländische Investoren zu schaffen. Gleichwohl ist hierbei zu berücksichtigen, dass diese innerstaatliche Regulierungsautonomie keinen Selbstzweck darstellt, sondern im Grundsatz gerade auch der Verwirklichung von Gemeinwohlbelangen wie dem Schutz der Menschenrechte dient.⁷² Angesichts der Effektivierung und Erweiterung des Anwendungsbereichs des internationalen Investitionsrechts sind somit vermehrt Fallkonstellationen denkbar, in denen die von den Schutzstandards eines Investitionsabkommens erfassten, wirtschaftlichen Interessen eines Investors durch eine Maßnahme des Gaststaates beeinträchtigt werden, welche dieser unter Rekurs auf menschenrechtliche Belange der Bevölkerung rechtfertigt. Und in der Tat lassen sich in der Praxis bereits entsprechende Beispiele nachweisen. So rechtfertigte beispielsweise Argentinien in einer Reihe von Streitbeilegungsverfahren die vom ausländischen Investor beanstandeten staatlichen Maßnahmen unter anderem unter Hinweis auf seine völkerrechtlichen Verpflichtungen im Hinblick auf den Schutz der Menschenrechte.⁷³

⁶⁹ Hierzu u.a. *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 3, Rn. 59 ff., 158 ff.

⁷⁰ Vgl. hierzu u.a. *Tietje*, Internationales Investitionsschutzrecht, 10 ff.; *Dolzer*, in: Depenheuer/Heintzen/Jestaedt u.a. (Hrsg.), Festschrift für Josef Isensee, 61 (65 ff.); *ders.*, New York University Journal of International Law and Policy 37 (2005), 953 ff.; *Krajewski/Ceyssens*, AVR 45 (2007), 180 ff.; *Kaushal*, Harvard International Law Journal 50 (2009), 491 (525 ff.).

⁷¹ Eingehender zu den im Einzelnen weiterhin umstrittenen Regelungsgehalten des Schutzes vor indirekten Enteignungen und der Verpflichtung zur gerechten und billigen Behandlung des Investors statt vieler *Dolzer/Schreuer*, Principles of International Investment Law, 92 ff., 119 ff.; *Salacuse*, The Law of Investment Treaties, 218 ff., 297 ff.

⁷² Vgl. im vorliegenden Kontext auch *Schorkopf*, in: Ehlers/Wolffgang/Schröder (Hrsg.), Rechtsfragen internationaler Investitionen, 137 (146) („Entscheidendes Differenzierungskriterium dürfte sein, den staatlichen Handlungsfreiraum nicht *per se*, sondern nur zur Verwirklichung des Gemeinwohls zu stärken.“) (Hervorhebung im Original).

⁷³ Siehe beispielsweise *CMS Gas Transmission Company v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/01/8, Award v. 12. Mai 2005, paras. 114 u. 121; *Siemens AG v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/02/8, Award v. 6. Februar 2007, paras. 75, 79 u. 312; *National Grid PLC v. Argentina*, UNCITRAL Arbitration, Award v. 3. November 2008, paras. 136 u. 245; *Suez et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/17, Decision on Liability v. 30. Juli 2010, paras. 232 u. 240; *SAUR International S.A. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/04/4, Décision sur la Compétence et sur la Responsabilité v. 6. Juni 2012, paras. 32 u. 328 ff.; *EDF International S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/23, Award v. 11. Juni 2012, paras. 191 ff., 909 ff.

Sowohl auf der Ebene der Gestaltung von Investitionsabkommen als auch im Rahmen von Investitionsschiedsverfahren stellt sich somit die Herausforderung, dass Spannungsverhältnis zwischen den rechtlich geschützten Interessen des Investors und der Regelungshoheit des Gaststaates zu einem angemessenen Ausgleich zu bringen, indem beispielsweise eine adäquate Abgrenzung zwischen entschädigungspflichtigen indirekten Enteignungen einerseits und legitimen regulativen Maßnahmen des Gaststaates zum Schutz der Menschenrechte andererseits erreicht wird. Hierbei kommen als Adressaten menschenrechtlicher Verhaltensvorgaben primär die Investoren sowie die Gaststaaten in Betracht.⁷⁴

III. Ansätze für eine unmittelbare menschenrechtliche Verantwortung von Investoren

Ein möglicher dogmatischer Ansatzpunkt bestünde in der ausdrücklichen Normierung einer menschenrechtlichen Verantwortung von Investoren in den Investitionsübereinkommen. Angesichts des Umstandes, dass nach heute ganz vorherrschender Auffassung die Qualifizierung als Völkerrechtssubjekt nicht bestimmten Kategorien von Akteuren im internationalen System vorbehalten ist, die gegenwärtige Völkerrechtsordnung also keinen *numerus clausus* von rechtlich handlungs- und verpflichtungsfähigen Wirkungseinheiten mehr kennt, stünden einer solchen Übertragung völkerrechtlicher Pflichten an Investoren in Bezug auf die Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange wie dem Menschenrechtsschutz auf der Grundlage zwischenstaatlicher Investitionsübereinkommen keine grundsätzlichen rechtsdogmatischen Bedenken mehr entgegen.⁷⁵ Überdies finden sich auf rechtspolitischer Ebene sowohl in der Praxis als auch im Schrifttum bereits eine Reihe entsprechender Vorschläge.⁷⁶ Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang zunächst auf das im April 2005 vom International Institute for Sustainable Development veröffentlichte „Model International Agreement on Investment for Sustainable Development“, welches unter anderem einen eigenen Abschnitt über Verpflichtungen von Investoren vorsieht.⁷⁷ Weiterhin ist insbesondere der von der norwegischen Regierung im Dezember 2007 veröffentlichte Entwurf eines Muster BIT zu nennen. Dieser in vielerlei Hinsicht innovative Entwurf, welcher allerdings

⁷⁴ Zur möglichen Verantwortlichkeit der Heimatstaaten der Investoren vgl. z.B. Human Rights Council, Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations “Protect, Respect and Remedy” Framework, UN Dok. A/HRC/17/31 v. 21. März 2011, 7; Human Rights Council, Business and Human Rights: Further Steps towards the Operationalization of the “Protect, Respect and Remedy” Framework, UN Dok. A/HRC/14/27 v. 9. April 2010, paras. 46 ff.; *Muchlinski*, in: Alvarez/Sauvant (Hrsg.), *The Evolving International Investment Regime*, 30 (56 ff.); *Sornarajah*, *The International Law on Foreign Investment*, 155 ff.; *L. E. Peterson*, *South Africa Mining Arbitration sees another amicus curiae Intervention*, *Investment Arbitration Reporter* 2 (No. 14, September 2009).

⁷⁵ Siehe *Dumberry/Dumas-Aubin*, *Journal of World Investment & Trade* 13 (2012), 349 (357); im Grundsatz auch bereits *Mosler*, *BDGVR* 4 (1961), 39 (71); *Dahm/Delbrück/Wolfrum*, *Völkerrecht*, Bd. I/1, 23; vgl. überdies *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 526 ff., m.w.N.

⁷⁶ Vgl. in diesem Zusammenhang u.a. UNCTAD, *Development Implications of International Investment Agreements*, IIA Monitor No. 2 (2007), 6; *Weiler*, *Boston College International and Comparative Law Review* 27 (2004), 429 (437 ff.); *Sornarajah*, *The International Law on Foreign Investment*, 145 ff.; *García-Bolívar*, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 24 (2009), 464 (483 f.); *Muchlinski*, in: Alvarez/Sauvant (Hrsg.), *The Evolving International Investment Regime*, 30 (39 ff.); *Hepburn/Kuuya*, in: *Cordonier Segger/Gehring/Newcombe* (Hrsg.), *Sustainable Development in World Investment Law*, 589 ff.; *Sheffer*, *Denver Journal of International Law and Policy* 39 (2011), 483 (507 ff.); sowie den Überblick über die Diskussion bei *Nowrot*, in: *Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch* (Hrsg.), *International Investment Law*, Chapter 10.

⁷⁷ IISD Model International Agreement on Investment for Sustainable Development, April 2005, erhältlich unter: <www.iisd.org/pdf/2005/investment_model_int_agreement.pdf> (besucht am 24. August 2012); siehe hierzu auch *Malik*, in: *Cordonier Segger/Gehring/Newcombe* (Hrsg.), *Sustainable Development in World Investment Law*, 565 ff.

im Juni 2009 wieder zurückgezogen worden ist, statuierte zwar keine spezifischen Verpflichtungen für Investoren, betonte jedoch unter anderem in seiner Präambel die Bedeutung von Corporate Social Responsibility und sah in seinem Art. 32 vor, dass die „Parties agree to encourage investors to conduct their investment activities in compliance with the OECD Guidelines for Multinational Enterprises and to participate in the United Nations Global Compact“.⁷⁸

De lege lata hat dieser Steuerungsansatz allerdings in der vertragsrechtlichen Praxis bislang noch keinen nachhaltigen Niederschlag gefunden.⁷⁹ Im Einklang mit der Förderung und dem Schutz von Auslandsinvestitionen als primärer Zwecksetzung beschränkt sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen⁸⁰ – die ganz überwiegende Mehrheit sowohl der bestehenden BITs als auch der weiteren investitionsrelevanten Übereinkommen auf die Statuierung wechselseitiger Pflichten der Vertragsstaaten hinsichtlich der Behandlung von Investoren und Investitionen der jeweils anderen Vertragspartei, enthalten also keine ausdrücklichen Rechtspflichten der Investoren selbst.

Auch bei den in der schiedsgerichtlichen Praxis in jüngerer Zeit diskutierten Rechtsfolgen eines erheblichen Verstoßes gegen fundamentale Rechtsgrundsätze des Gaststaates beispielsweise in Gestalt eines betrügerischen Verhaltens bei Tötigung der Investition⁸¹ bzw. den Konsequenzen eines „unconscionable conduct“ auf Seiten des Investors⁸² handelt es sich nicht im eigentlichen Sinne um Rechtspflichten der Investoren. Vielmehr stellen sie sich als unter anderem auf dem Grundsatz von Treu und Glauben⁸³ basierende Obliegenheiten dar, deren Nichtbeachtung einen „Ausschluss des Investitionsschutzrechts“ zur Folge haben kann.⁸⁴ Im gegenwärtigen Investitionsrecht finden sich Verhaltensvorgaben für Investoren hinsichtlich der Verwirklichung globaler Gemeinwohlbelange damit auf internationaler Ebene noch ganz überwiegend lediglich im Bereich des „soft law“, vor allem in Gestalt von Verhaltenskodizes wie den bereits 1976 von der OECD verabschiedeten und zuletzt im Mai 2011 grundlegend neu formulierten „OECD Guidelines for Multinational Enterprises“.⁸⁵

⁷⁸ Erhältlich unter: <www.regjeringen.no/upload/NHD/Vedlegg/hoeringer/Utkast%20til%20modellavtale.2.doc> (besucht am 24. August 2012); zu den Gründen für die Beendigung des Projekts *D. Vis-Dunbar*, Norway Shelves its Proposed Model Bilateral Investment Treaty, Investment Treaty News, June 2009, 7.

⁷⁹ UNCTAD, World Investment Report 2011, Non-Equity Modes of International Production and Development, 2011, 119 f.

⁸⁰ Für entsprechende Ausnahmen vgl. *Nowrot*, in: Bungenberg/Griebel/Hobe/Reinisch (Hrsg.), International Investment Law, Chapter 10.

⁸¹ Siehe u.a. *Gustav F W Hamester GmbH & Col KG v. Ghana*, ICSID Case No. ARB/07/24, Award v. 18. Juni 2010, paras. 123 ff.; *Desert Line Projects LLC v. Yemen*, ICSID Case No. ARB/05/17, Award v. 6. Februar 2008, paras. 97 ff.; *Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide v. Philippines*, ICSID Case No. ARB/03/25, Award v. 16. August 2007; *Inceysa Vallisoletana S.L. v. El Salvador*, ICSID Case No. ARB/03/26, Award v. 2. August 2006; vgl. hierzu auch *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 68; *Kulick*, Global Public Interest, 313 ff., m.w.N.

⁸² Vgl. *Azinian et al. v. Mexico*, ILM 39 (2000), 537 ff. (553 ff.); vgl. hierzu auch *Muchlinski*, ICLQ 55 (2006), 527 (536 ff.).

⁸³ Siehe *Phoenix Action, Ltd v. Czech Republic*, ICSID Case No. ARB/06/5, Award v. 15. April 2009, paras. 100 u. 106 ff.; *Plama Consortium Ltd. v. Bulgaria*, ICSID Case No. ARB/03/24, Award v. 27. August 2008, para. 144; *Gustav F W Hamester GmbH & Col KG v. Ghana*, ICSID Case No. ARB/07/24, Award v. 18. Juni 2010, para. 123.

⁸⁴ *Tietje*, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 68; vgl. hierzu auch beispielsweise *Newcombe*, in: Brown/Miles (Hrsg.), Evolution in Investment Treaty Law and Arbitration, 187 ff.; *Dumberry/Dumas-Aubin*, Journal of World Investment & Trade 13 (2012), 349 (364 f.).

⁸⁵ Eingehend hierzu *Huarte Melgar/Nowrot/Wang*, The 2011 Update of the OCED Guidelines, 5 ff.; allgemein zur Bedeutung von „soft law“ als normativ erhebliche Steuerungsmechanismen im internationalen Wirtschaftssystem *Nowrot*, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 2, Rn. 77 ff., m.w.N.

IV. Berücksichtigung der menschenrechtlichen Verantwortung von Gaststaaten: Zur Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte im internationalen Investitionsrecht

Gerade auch vor dem Hintergrund mangelnder völkerrechtlicher Verantwortungsvorgaben für Investoren stellt sich die Frage, auf welche Weise die demgegenüber im Grundsatz unstrittige Verpflichtung der Gaststaaten zum Schutz und zur Verwirklichung der Menschenrechte im Rahmen der normativen Ordnungsstrukturen des internationalen Investitionsrechts Berücksichtigung finden kann. Diese Thematik soll im Folgenden sowohl aus der Perspektive des materiellen Rechts als auch unter Einbeziehung prozeduraler Aspekte erörtert werden.⁸⁶ Hierbei kann zwecks Systematisierung der diesbezüglichen rechtsdogmatischen Überlegungen jeweils zwischen zwei Implementierungsebenen unterschieden werden – einerseits der Ausgestaltung der Investitionsübereinkommen, andererseits einer darüber hinausgehenden Einbeziehung in spezifische Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren.

1. *Materiellrechtliche Perspektive: Einbeziehung anderer völkerrechtlicher Sachbereiche in das internationale Investitionsrecht*

Aus materiellrechtlicher Perspektive geht es um die Fragestellung, auf welche Weise andere völkerrechtliche Sachbereiche wie der Menschenrechtsschutz sowie weitere öffentliche Interessen in die Regelungsstrukturen von Investitionsübereinkommen einbezogen werden können. Hierbei kommt auf der Ebene der Gestaltung von Investitionsübereinkommen zunächst die Möglichkeit in Betracht, den Interpretations- und Entscheidungsspielraum in zukünftigen Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren durch Präzisierung der Vertragsbestimmungen zu begrenzen. In diesem Zusammenhang ist wiederum insbesondere der Entwurf des norwegischen Muster BIT hervorzuheben. Bereits in der Präambel wurde ausdrücklich die Bedeutung betont, welche die Vertragsparteien der Verwirklichung der Menschenrechte und anderer Gemeinwohlbelange zumessen. Überdies findet sich in dem Entwurf unter anderem eine ausdrückliche Hervorhebung der Regelungshoheit des Gaststaates (Art. 12). Weiterhin sah er – im Unterschied zu den meisten Investitionsübereinkommen, aber in Übereinstimmung mit der insbesondere in Art. XX GATT 1994 und Art. XIV GATS zum Ausdruck kommenden Regelungssystematik des WTO-Rechts – eine allgemeine Rechtfertigungsklausel vor (Art. 24).⁸⁷

⁸⁶ Zu der in diesem Zusammenhang ebenfalls relevanten strukturellen bzw. institutionellen Perspektive, welche den – vor dem Hintergrund unbestimmter Rechtsbegriffe – grundsätzlich weiten Interpretations- und Entscheidungsspielraum in Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren und damit gerade auch die Bedeutung des jeweiligen Vorverständnisses der Schiedsrichter in den Blickpunkt der Analyse nimmt, vgl. *van Aaken*, Finnish Yearbook of International Law 17 (2006), 91 (124 ff.); *Van Harten*, Investment Treaty Arbitration and Public Law, 122 ff.; *Jacob*, International Investment Agreements and Human Rights, 25 ff.; *Park*, in: Waibel/Kaushal/Chung u.a. (Hrsg.), The Backlash Against Investment Arbitration, 189 ff.

⁸⁷ Allgemein zur Bedeutung von Rechtfertigungsklauseln im Investitionsrecht *Newcombe*, in: Cordonier Segger/Gehring/Newcombe (Hrsg.), Sustainable Development in World Investment Law, 355 ff.; *Nowrot*, International Investment Law and the Republic of Ecuador, 38 ff.; *van Aaken*, Finnish Yearbook of International Law 17 (2006), 91 (111 f.); sowie speziell hinsichtlich ihrer möglichen Relevanz im Zusammenhang mit dem internationalen Menschenrechtsschutz *Choudhury*, Columbia Journal of Transnational Law 49 (2011), 670 (686 ff.).

In der gegenwärtigen Vertragspraxis sind solche Konkretisierungen der regelmäßig vergleichsweise offen formulierten Schutzstandards bislang noch eher die Ausnahme,⁸⁸ wenngleich in jüngerer Zeit gerade auch einige Industriestaaten unter anderem als Reaktion auf divergierende Schiedsgerichtsentscheidungen zunehmend dazu übergegangen sind, im Rahmen ihrer völkerrechtlichen Investitionsabkommen und ihrer Muster BITs den Anwendungsbereich der Schutzstandards zu präzisieren.⁸⁹ Ein Beispiel hierfür bildet der Ansatz der USA, durch Konkretisierung von Vertragsbestimmungen eine angemessene Abgrenzung zwischen entschädigungspflichtigen indirekten Enteignungen und legitimen regulativen Maßnahmen zum Schutz von Gemeinwohlbelangen zu erzielen. So ist in Annex B Nr. 4 lit. (b) des Muster BIT der USA von 2012 festgelegt, dass [e]xcept in rare circumstances, non-discriminatory regulatory actions by a Party that are designed and applied to protect legitimate public welfare objectives, such as public health, safety, and the environment, do not constitute indirect expropriations“;⁹⁰ eine Präzisierung, welche sich auf positivrechtlicher Ebene unter anderem als Annex 10-B in den Freihandelsabkommen der USA mit Oman und Peru widerspiegelt.

Insbesondere für den Fall, dass sich – wie gegenwärtig noch die Regel – keine ausdrücklichen Konkretisierungen hinsichtlich der Berücksichtigung von weiteren Gemeinwohlbelangen auf der Ebene der Investitionsübereinkommen nachweisen lassen, ist weiterhin zu überlegen, ob der entsprechende BIT gleichwohl im Rahmen eines Staat-Investor-Streitbeilegungsverfahrens unter Einbeziehung anderer völkerrechtlicher Verpflichtungen des Gaststaates wie dem Schutz der Menschenrechte auszulegen ist. Ein Gebot zur – sogar vorrangigen – Anwendung vertragsexterner Verpflichtungen ist zunächst in Bezug auf solche völkerrechtlichen Regelungen anzunehmen, welchen im Rahmen der gegenwärtig noch schwach ausgeprägten Normenhierarchie des Völkerrechts ein Vorrang gegenüber den Investitionsübereinkommen zukommt. Dies gilt namentlich für den Kreis der zwingenden Normen des Völkerrechts (*ius cogens*) sowie – auf der Basis des bereits angeführten Art. 103 UN-Charta – für die Verpflichtungen der UN-Mitglieder aus der UN-Charta.⁹¹ Exemplarisch sei hier zunächst auf das Schiedsgericht im Verfahren *Phoenix Action, Ltd. v. Czech Republic* verwiesen, welches in seiner Entscheidung vom 15. April 2009 hervorhob, dass „[t]o take an extreme example, nobody would suggest that ICSID protection should be granted to investments made in violation of the most fundamental rules of protection of human rights, like investments made in pursuance of torture or genocide or in support of slavery or trafficking of human organs“.⁹² Überdies findet sich auch beispielsweise in dem am 11. Juni 2012 ergangenen Schiedsspruch in dem Verfahren *EDF International S.A. et al.*

⁸⁸ So speziell hinsichtlich der Bezugnahme auf menschenrechtliche Verpflichtungen *Reiner/Schreuer*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, 82 („this would be highly unusual“); *Dumberry/Dumas-Aubin*, *Journal of World Investment & Trade* 13 (2012), 349 (350) („in their present form BITs are essentially silent on human rights issues“); *ibid.*, 359 („In fact, it is exceptional to find any reference at all to human rights in BITs.“); *Taillant/Bonnitche*, in: Cordonier Segger/Gehring/Newcombe (Hrsg.), *Sustainable Development in World Investment Law*, 57 (75).

⁸⁹ Siehe hierzu auch *Spears*, *Journal of International Economic Law* 13 (2010), 1037 ff.; *Nowrot*, *International Investment Law and the Republic of Ecuador*, 20 ff., 36 ff., jeweils m.w.N.

⁹⁰ 2012 U.S. Model Bilateral Investment Treaty, erhältlich unter: <www.state.gov/documents/organization/188371.pdf> (besucht am 24. August 2012).

⁹¹ Eingehender hierzu u.a. *Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law*, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskenniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 324 ff., m.w.N.

⁹² *Phoenix Action, Ltd v. Czech Republic*, ICSID Case No. ARB/06/5, Award v. 15. April 2009, para. 78.

v. *Argentina* die Aussage, dass „[i]t is common ground that the Tribunal should be sensitive to international *jus cogens* norms, including basic principles of human rights“.⁹³

Aber auch soweit es sich nicht um solche Völkerrechtsnormen höheren Ranges handelt, eröffnen die Auslegungsregeln für völkerrechtliche Verträge, welche in den Art. 31 bis 33 des Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (WVRK) kodifiziert sind und darüber hinaus gewohnheitsrechtliche Geltung für sich beanspruchen können,⁹⁴ die Möglichkeit, andere völkerrechtliche Sachbereiche in die Interpretation von Investitionsübereinkommen einzubeziehen. Nach Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK ist bei der Auslegung eines Vertrages auch „jeder in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien anwendbare einschlägige Völkerrechtssatz“ zu berücksichtigen.⁹⁵ Hierbei ist zu bemerken, dass an einem gemischten Streitbeilegungsverfahren zwar nur der Investor und der Gaststaat beteiligt sind. Demgegenüber sind als Vertragsparteien i.S.d. Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK jedoch der Gast- und der Heimatstaat als Parteien des BIT anzusehen, zwischen denen unstrittig unter anderem auch das Regime des internationalen Menschenrechtsschutzes Anwendung findet und daher in die Interpretation des Investitionsübereinkommens im Rahmen von Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren einzubeziehen ist. Entgegen tendenziell anderslautender Äußerungen in der aktuellen schiedsgerichtlichen Praxis⁹⁶ gilt somit zweifelsohne auch für die Vertragsregime des internationalen Investitionsrechts, dass sie „cannot be read and interpreted in isolation from public international law, and its general principles“.⁹⁷

⁹³ *EDF International S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/23, Award v. 11. Juni 2012, para. 909 (Hervorhebung im Original).

⁹⁴ Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge v. 23. Mai 1969, BGBl. 1985 II. S. 926; speziell zum gewohnheitsrechtlichen Status der Auslegungsregeln statt vieler ICJ, *Case Concerning Kasikili/Sedudu Island* (Botswana v. Namibia), Urteil v. 13. Dezember 1999, ICJ-Reports 1999, S. 1045 (1059); WTO, *United States – Measures Affecting the Production and Sale of Clove Cigarettes*, Report of the Appellate Body v. 4. April 2012, WT/DS406/AB/R, para. 258; *Chevron Corporation (USA) and Texaco Petroleum Company (USA) v. Ecuador*, UNCITRAL Arbitration, Partial Award on the Merits v. 30. März 2010, paras. 159 ff.; *Malaysian Historical Salvors SDN BHD v. Malaysia*, ICSID Case No. ARB/05/10, Decision on the Application for Annulment v. 16. April 2009, para. 56; *Saluka Investments BV v. Czech Republic*, UNCITRAL Arbitration, Partial Award v. 17. März 2006, para. 296; *Dörr*, in: ders./Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 31, Rn. 6; *Villiger*, Commentary, Art. 31, Rn. 37 ff.; Art. 32, Rn. 13.

⁹⁵ Allgemein hierzu *Dörr*, in: ders./Schmalenbach (Hrsg.), Vienna Convention on the Law of Treaties, Article 31, Rn. 89 ff.; Fragmentation of International Law: Difficulties Arising from the Diversification and Expansion of International Law, Report of the Study Group of the International Law Commission, finalized by *M. Koskenniemi*, UN Doc. A/CN.4/L.682 v. 13. April 2006, paras. 410 ff.; *Sorell/Boré Eveno*, in: Corten/Klein (Hrsg.), The Vienna Conventions on the Law of Treaties, Bd. I, Art. 31 Convention of 1969, Rn. 42 ff.; *Gardiner*, Treaty Interpretation, 250 ff.; speziell zur Bedeutung dieser Auslegungsregel im investitionsrechtlichen Kontext u.a. *Simma/Kill*, in: Binder u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 678 (691 ff.); *Simma*, ICLQ 60 (2011), 573 (584 ff.); *Alvarez*, RdC 344 (2009), 193 (466 f.); *Wälde*, in: Binder/Kriebaum/Reinisch u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 724 (769 ff.); *Hirsch*, in: Muchlinski/Ortino/Schreuer (Hrsg.), International Investment Law, 154 ff.; *Radi*, North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation 37 (2012), 1107 (1124 ff.).

⁹⁶ Siehe namentlich *Bernhard von Pezold and Others v. Zimbabwe*, ICSID Case No. ARB/10/15 and *Border Timbers Ltd., Border Timbers International et al. v. Zimbabwe*, ICSID Case No. ARB/10/25, Procedural Order No. 2 v. 26. Juni 2012, paras. 57 f. („The Arbitral Tribunals agree in this regard with the Claimants that the reference to ‘such rules of general international law as may be applicable’ in the BITs does not incorporate the universe of international law into the BITs or into disputes arising under the BITs. [...] The Petitioners provided no evidence or support for their assertion that international investment law and international human rights law are interdependent such that any decision of these Arbitral Tribunals which did not consider the content of international human rights norms would be legally incomplete.“).

⁹⁷ *Phoenix Action, Ltd v. Czech Republic*, ICSID Case No. ARB/06/5, Award v. 15. April 2009, para. 78 („It is evident to the Tribunal that the same holds true in international investment law and that the ICSID

Zwar ist die investitionsrechtliche Schiedsgerichtspraxis hinsichtlich der Berücksichtigung anderer völkerrechtlicher Sachbereiche insgesamt bislang noch von deutlicher Zurückhaltung geprägt.⁹⁸ Gleichwohl kommt der auf der Grundlage von Art. 31 Abs. 3 lit. c WVRK gebotenen Einbeziehung vertragsexterner Völkerrechtsnormen gerade auch im Hinblick auf den Bereich des internationalen Menschenrechtsschutzes – aktuell und potentiell – erhebliche Praxisrelevanz zu. Zum einen haben Schiedsgerichte bereits verschiedentlich auf menschenrechtliche Garantien und die einschlägige Rechtsprechung regionaler Menschenrechtsgerichtshöfe Rekurs genommen, um – im Sinne einer *Verstärkungsperspektive* – zugunsten des ausländischen Investors materiellrechtliche Schutzstandards in Investitionsübereinkommen zu konkretisieren.⁹⁹ Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sind denn auch in jüngerer Zeit im Schrifttum zu Recht bereits „Ansätze zu einer fortschreitenden Kohärenz von Menschenrechtsschutz und internationalem Investitionsschutzrecht“ identifiziert worden.¹⁰⁰ Zum anderen ist in der schiedsgerichtlichen Praxis aber auch schon seit längerem jedenfalls im Grundsatz anerkannt, dass die Berücksichtigung von Belangen des internationalen Menschenrechtsschutzes im Rahmen von Investitionsstreitbelegungsverfahren gegebenenfalls auch in der Weise erfolgen muss, dass – im Sinne einer *Ausgleichsperspektive* – eine praktische Konkordanz zwischen den investitionsrechtlich geschützten Interessen eines ausländischen Investors einerseits und den menschenrechtlichen Verpflichtungen des Gaststaates gegenüber seiner Bevölkerung andererseits hergestellt wird.¹⁰¹

Convention’s jurisdictional requirements – as well as those of the BIT – cannot be read and interpreted in isolation from public international law, and its general principles.”).

⁹⁸ Zu dieser Wahrnehmung exemplarisch UNCTAD, Selected Recent Developments in IIA Arbitration and Human Rights, IIA Monitor No. 2 (2009), 3 („In practice, however, human rights issues have been relatively slow to arise in the IIA [international investment agreements] arbitration context.”); *Hirsch*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, 82 (94); *Kulick*, Global Public Interest, 300 ff.; *Reiner/Schreuer*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, 82 (90); sowie kritisch hierzu *Simm/Kill*, in: Binder/Kriebaum/Reinisch u.a. (Hrsg.), Essays in Honour of Christoph Schreuer, 678 (679). Siehe allerdings beispielsweise zur Berücksichtigung der Verpflichtungen des Gaststaates aus dem UNESCO Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt die Verfahren *Parkerings v. Lithuania*, ICSID Case No. ARB/05/8, Award v. 11. September 2007, paras. 381 ff.; sowie *Southern Pacific Properties v. Egypt*, ICSID Case No. ARB/84/3, Award v. 20. Mai 1992, paras. 154 ff.; vgl. hierzu auch *Mann*, International Investment Agreements, Business and Human Rights, 26; *Liberti*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, 557 (560 ff.).

⁹⁹ Exemplarisch *Mondev International Ltd. v. USA*, ICSID Case No. ARB(AF)/99/2, Award v. 11. Oktober 2002, paras. 141 ff.; *Tecnicas Medioambientales Tecmed S.A. v. Mexico*, ICSID Case No. ARB(AF)/00/2, Award v. 29. Mai 2003, paras. 116 ff.; *Azurix Corp. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/01/12, Award v. 14. Juli 2006, paras. 311 f.; *Saipem SpA v. Bangladesh*, ICSID Case No. ARB/05/07, Decision on Jurisdiction and Recommendation on Provisional Measures v. 21. März 2007, paras. 130 u. 132.

¹⁰⁰ *Tietje*, Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich, 20; vgl. überdies beispielsweise *Nelson*, Journal of World Investment & Trade 12 (2011), 27 ff.; *Klein*, Goettingen Journal of International Law 4 (2012), 199 ff.

¹⁰¹ Vgl. im vorliegenden Kontext beispielsweise *EDF International S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/23, Award v. 11. Juni 2012, para. 912 („The Tribunal does not call into question the potential significance or relevance of human rights in connection with international investment law.”); *Suez et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/17, Decision on Liability v. 30. Juli 2010, para. 240 („Argentina has suggested that its human rights obligations to assure its population the right to water somehow trumps its obligations under the BITs and the existence of the human right to water also implicitly gives Argentina the authority to take actions in disregard of its BIT obligations. The Tribunal does not find a basis for such a conclusion either in the BITs or international law. Argentina is subject to both international obligations, i.e. human rights and treaty obligations, and must respect both of them. Under the circumstances of this case, Argentina’s human rights obligations and its investment treaty obligations are not inconsistent, contradictory, or mutually exclusive. Thus, as was discussed above, Argentina could have respected both types of obligations.”) (Hervorhebungen im Original); *Phoenix Action, Ltd v. Czech*

2. Prozedurale Perspektive: Möglichkeiten der Partizipation Dritter

Die prozedurale bzw. verfahrensrechtliche Perspektive betrachtet das Verhältnis von Investitionsrecht und Menschenrechtsschutz unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung menschenrechtlicher Fragestellungen im Wege der Beteiligung von Nichtvertrags- und Nichtverfahrensbeteiligten an den Rechtssetzungs- und Rechtsverwirklichungsprozessen des internationalen Investitionsrechts. Den Hintergrund einer solchen Eröffnung von Partizipationsmöglichkeiten für Dritter bilden im Kern drei Gesichtspunkte.

Zunächst ermöglicht sie einen Zugang zu externem Sachverstand mit der Folge, dass auf dieser erweiterten Informationsgrundlage prinzipiell die Qualität der getroffenen Entscheidungen erhöht wird.¹⁰² Weiterhin lässt sich speziell bezogen auf den Menschenrechtsschutz in der investitionsrechtlichen Schiedspraxis beobachten, dass aus verschiedenen Gründen nicht alle Gaststaaten bereit sind, möglicherweise entscheidungsrelevante Aspekte ihrer menschenrechtlichen Verantwortung selbst im Rahmen von Investitionsstreitbelegungsverfahren vorzubringen.¹⁰³ Schließlich ist in einem übergreifenden Sinne zu berücksichtigen, dass die eine Beteiligung Dritter überhaupt erst ermöglichende Transparenz der Rechtssetzungsprozesse und Streitbelegungsverfahren einen anerkanntermaßen zunehmend bedeutsameren Legitimationsfaktor für die Steuerungsprozesse auf überstaatlicher Ebene bildet.¹⁰⁴ Versteht man Legitimation allgemein als „Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung“,¹⁰⁵ so erscheint die Schlussfolgerung gerechtfertigt, dass die Frage nach dem Grad der Transparenz der Entscheidungsprozesse als Gegenstand der prozeduralen Perspektive einen wesentlichen Gesichtspunkt bei der Beurteilung der Anerkennungswürdigkeit und damit Akzeptanz der normativen Ordnungsstrukturen des internationalen Investitionsrechts insgesamt darstellt.¹⁰⁶

Republic, ICSID Case No. ARB/06/5, Award v. 15. April 2009, para. 78; *Aguas Provinciales de Santa Fe S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/17, Order in Response to a Petition for Transparency and Participation as *amicus curiae* v. 17. März 2006, para. 18; *Aguas Argentinas et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/19, Order in Response to a Petition for Transparency and Participation as *amicus curiae* v. 19. Mai 2005, para. 19 („The factor that gives this case particular public interest is that the investment dispute centers around the water distribution and sewage systems of a large metropolitan area, the city of Buenos Aires and surrounding municipalities. Those systems provide basic public services to millions of people and as a result may raise a variety of complex public and international law questions, including human rights considerations.”).

¹⁰² Hierzu statt vieler *Charnovitz*, *Journal of International Economic Law* 7 (2004), 675 (680) („NGOs can enhance ‘output legitimacy’ by leading to better, more effective [...] decisions”); allgemein zur Erforderlichkeit des durch die Einbeziehung aller sachverständigen Wirkungseinheiten erzielten „Einbau[s] kognitiver, lernbereiter Mechanismen in den Prozeß der Rechtssetzung“ bereits *Luhmann*, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 57 (1971), 1 (15).

¹⁰³ Zu diesem Phänomen u.a. *Alvarez*, *RdC* 344 (2009), 193 (467); *Simma/Kill*, in: *Binder/Kriebaum/Reinisch* u.a. (Hrsg.), *Essays in Honour of Christoph Schreuer*, 678 (680 Fn. 11); *Peterson*, *Human Rights and Bilateral Investment Treaties*, 31.

¹⁰⁴ Allgemein hierzu statt vieler *Delbrück*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 10 (2003), 29 (42 f.); *Klabbers/Peters/Ulfstein*, *The Constitutionalization of International Law*, 326 ff.; *Nourot*, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 18 (2011), 803 (838 f.), m.w.N.

¹⁰⁵ *Habermas*, in: *Graf Kielmansegg* (Hrsg.), *Legitimationsprobleme politischer Systeme*, 39.

¹⁰⁶ So deutlich u.a. *Human Rights Council*, *Business and Human Rights: Towards Operationalizing the “Protect, Respect and Remedy” Framework*, Report of the Special Representative of the Secretary-General on the Issue of Human Rights and Transnational Corporations and other Business Enterprises, UN Doc. A/HRC/11/13 v. 22. April 2009, para. 34 („When an investor brings a claim regarding a bilateral investment treaty or host Government agreement to binding international arbitration, depending on the rules incorporated into the agreements, little or nothing about the case may be made public. This is at variance with precepts of transparency and good governance. While confidential business information must be protected, under some rules not even the existence of a case against a country is known to its public, let alone its substance. This impedes more responsible contracting by companies and Govern-

Wiederum beginnend mit der Phase der Gestaltung von Investitionsübereinkommen, welche trotz ihrer Schlüsselstellung bislang kaum Aufmerksamkeit erfahren hat, zeigt die Praxis der – primär bilateralen – Vertragsverhandlungen, dass die Partizipationsmöglichkeiten für Nichtvertragsbeteiligte wie insbesondere Vertreter der Zivilgesellschaft bislang sehr begrenzt sind. Allerdings lässt sich in jüngster Zeit eine gewisse Tendenz nachweisen, bei der Aus- bzw. Überarbeitung von Musterabkommen einzelner Staaten der Öffentlichkeit Beteiligungsoptionen einzuräumen. Beispiele hierfür bilden zunächst die schriftlichen Konsultationsprozesse im Zusammenhang mit dem Entwurf eines neuen norwegischen Model BIT im Jahre 2008 und dem „Bilateral Investment Treaty Policy Framework Review“ der südafrikanischen Regierung im Juli 2009. Weiterhin kann auf die öffentliche Anhörung und die Möglichkeit zu schriftlichen Stellungnahmen im Rahmen der Überarbeitung des US Model BIT im Juni und Juli 2009 verwiesen werden.¹⁰⁷

Auf der Ebene der Investor-Staat-Streitbeilegung kommen als Transparenz- und damit auch partizipationsfördernde Maßnahmen insbesondere die Bekanntgabe der Einleitung eines Verfahrens, die Veröffentlichung der Schriftsätze der Streitparteien und der Entscheidungen des Schiedsgerichts, der Zugang zu den Verhandlungen sowie die Möglichkeit der Einreichung von *amicus curiae*-Schriftsätzen in Betracht. In diesem Zusammenhang ist jedoch zunächst zu konstatieren, dass die – in weiten Bereichen von ihren Strukturmerkmalen her an die private Handelsschiedsgerichtsbarkeit angelehnten – schiedsgerichtlichen Verfahren in zentraler Weise durch den Vertraulichkeitsgrundsatz geprägt sind.¹⁰⁸ Dies spiegelt sich in dem Umstand wider, dass namentlich bei Verfahren nach den Regeln der ICC, des Schiedsgerichtsinstituts der Stockholmer Handelskammer sowie den UNCITRAL Arbitration Rules oftmals nicht einmal die Einleitung des Verfahrens selbst der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird.

Gleichwohl deuten gerade in jüngerer Zeit eine Reihe von Entwicklungen auf eine zumindest partielle Relativierung des Vertraulichkeitsgrundsatzes im Rahmen von Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahren hin.¹⁰⁹ Ansätze für eine transparentere Verfahrensgestaltung finden sich zunächst auf der Ebene der jurisdiktionsbegründenden Übereinkommen selbst, also der BITs und weiteren Investitionsübereinkommen. Ihre dogmatische Grundlage findet diese Vorgehensweise in der Möglichkeit der Vertragsstaaten, die erforderliche Einwilligung zur Durchführung von gemischten Schiedsverfahren in der Weise zu konditionieren, dass der Investor bestimmten Transparenzfördernden Verfahrensmaßnahmen zustimmen muss. In der Vertragspraxis insgesamt hat dieser Ansatz bislang nur vereinzelt einen Niederschlag gefunden. Eine deutliche Tendenz in diese Richtung lässt sich gegenwärtig jedoch bereits im Kreise derjenigen Investitionsrelevanten Übereinkommen nachweisen, an denen die USA und/oder Kanada beteiligt sind. Bezogen auf die Zulässigkeit von *amicus curiae*-Schriftsätzen hat die NAFTA Free Trade Commission (FTC) – anknüpfend an erste positi-

ments, and contributes to inconsistent rulings by arbitrators, undermining the system's predictability and legitimacy.”).

¹⁰⁷ Vgl. u.a. E. Whitsitt, United States Trade Representative and State Department Hold Public Hearing and Solicit Written Comments in US Model BIT Review, Investment Treaty News, September 2009, 4; D. Vis-Dunbar, South African Trade Department Critical of Approach Taken to BIT-Making, Investment Treaty News, July 2009, 2.

¹⁰⁸ Hierzu statt vieler Tietje, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im Öffentlichen Recht, § 4, Rn. 15; Reinisch, in: Tietje (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, § 18, Rn. 43.

¹⁰⁹ Eingehender hierzu u.a. Delaney/Barstow Magraw, in: Muchlinski/Ortino/Schreuer (Hrsg.), International Investment Law, 721 ff.; Schreuer/Malintoppi/Reinisch/Sinclair, The ICSID Convention, Article 44, Rn. 97 ff.; Art. 48, Rn. 107 ff.; Zoellner, in: Hofmann/Tams (Hrsg.), The International Convention on the Settlement of Investment Disputes (ICSID), 179 ff.; Menaker, in: Yannaca-Small (Hrsg.), Arbitration under International Investment Agreements, 129 ff.

ve Entscheidungen im Rahmen von NAFTA-Investitionsstreitbeilegungsverfahren¹¹⁰ – in Ausübung ihrer Kompetenz zur autoritativen Vertragsinterpretation nach Art. 2020 NAFTA am 7. Oktober 2003 ein „Statement on Non-Disputing Party Participation“ angenommen. Bereits am 31. Juli 2001 hatte die FTC überdies eine entsprechende Erklärung hinsichtlich der Veröffentlichung von Schriftsätzen und Entscheidungen der Schiedsgerichte verabschiedet.¹¹¹ Weiterhin sehen sowohl der US-amerikanische Muster BIT von 2012 als auch der kanadische Muster BIT von 2004 in den Art. 28 f. bzw. Art. 38 f. unter anderem die grundsätzliche Veröffentlichung von Schriftsätzen und schiedsgerichtlichen Entscheidungen, den Zugang der Öffentlichkeit zu Verhandlungen und die Zulässigkeit von *amicus curiae*-Schriftsätzen vor. Hieran anknüpfend enthalten beispielsweise die Art. 10.20 f. CAFTA-DR, die Art. 10.19 f. der Freihandelsabkommen zwischen den USA und Oman bzw. Chile sowie die Art. 15.19 f. des Freihandelsabkommens der USA mit Singapur entsprechende Regelungen.

Insbesondere soweit in den BITs und weiteren Investitionsübereinkommen – wie in der gegenwärtigen Vertragspraxis noch regelmäßig der Fall – selbst keine Transparenzvorgaben statuiert sind, kommt schließlich entsprechenden Ansätze im Rahmen der schiedsgerichtlichen Institutionen und Verfahren eine Schlüsselfunktion zu. Namentlich das ICSID als der in der Investitionspraxis gegenwärtig bedeutendsten schiedsgerichtlichen Institution nimmt insoweit schon seit einiger Zeit eine gewisse Vorreiterstellung ein.¹¹² Bereits seit 1981 gibt das ICSID-Sekretariat auf der Basis von Regulation 22 Abs. 1, 23 der Administrative and Financial Regulations grundlegende Informationen zu allen anhängigen und abgeschlossenen Verfahren bekannt. Hinsichtlich der Veröffentlichung von Schiedssprüchen erfordert Art. 48 Abs. 5 ICSID-Konvention zwar die Zustimmung aller Verfahrensparteien. Diese Regelung gilt allerdings nur für das ICSID selbst. Den Verfahrensparteien bleibt es demgegenüber unbenommen, die Schiedssprüche – ebenso wie weitere Entscheidungen des Schiedsgerichts sowie die Schriftsätze – zu veröffentlichen. Vor diesem Hintergrund sind in der gegenwärtigen Praxis zumindest die Schiedssprüche im Regelfall der Öffentlichkeit zugänglich.¹¹³ Während sich im Hinblick auf die Bekanntgabe von schiedsgerichtlichen Entscheidungen also eine deutliche Tendenz hin zu einer transparenteren Vorgehensweise abzeichnet, steht jeder Verfahrenspartei auch nach den mit Wirkung zum 10. April 2006 in Kraft getretenen, reformierten ICSID Arbitration Rules weiterhin das Recht zu, die Öffentlichkeit von den mündlichen Verhandlungen auszuschließen (Rule 32 Abs. 2 Arbitration Rules). Schließlich hat demgegenüber durch die Überarbeitung der ICSID-Verfahrensregeln aber ein anderer, aus prozeduraler Perspektive für die Einbeziehung menschenrechtli-

¹¹⁰ Vgl. u.a. *Methanex Corporation v. USA*, UNCITRAL Arbitration, Decision of the Tribunal on Petitions from Third Persons to Intervene as “*amici curiae*” v. 15. Januar 2001; *United Parcel Service of America v. Canada*, UNCITRAL Arbitration, Decision of the Tribunal on Petitions for Intervention and Participation as *amici curiae* v. 17. Oktober 2001.

¹¹¹ Siehe FTC, Clarifications Related to NAFTA Chapter 11, 31. Juli 2001; sowie FTC, Statement on Non-Disputing Party Participation, 7. Oktober 2003. Hierzu sowie zu den Hintergründen *Tietje*, in: ders. (Hrsg.), *International Investment Protection and Arbitration*, 17 (29 ff.); *Blackaby/Richard*, in: Waibel/Kaushal/Chung u.a. (Hrsg.), *The Backlash Against Investment Arbitration*, 253 (259 ff.); *Harrison*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law*, 396 (401 ff.); allgemein zur autoritativen Vertragsinterpretation *Nowrot*, in: Tietje (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, § 2, Rn. 66 ff.

¹¹² So auch u.a. *Tams/Zoellner*, AVR 45 (2007), 217 (224 f.).

¹¹³ Vgl. hierzu *Schreuer/Malintoppi/Reinisch/Sinclair*, *The ICSID Convention*, Article 48, Rn. 107 ff.; siehe überdies die mit Wirkung zum 10. April 2006 geänderte Rule 48 Abs. 4 Satz 2 der ICSID Arbitration Rules, derzufolge ICSID „shall [...] promptly include in its publications excerpts of the legal reasoning of the Tribunal“.

cher Fragestellungen in Streitbeilegungsverfahren potentiell ausgesprochen relevanter Bereich¹¹⁴ eine begrüßenswerte Klarstellung erfahren: Während die Zulässigkeit von *amicus curiae*-Schriftsätzen – eine bereits seit Ende der 1990er Jahre im Rahmen des WTO-Streitbeilegungsverfahrens intensiv und kontrovers diskutierte Thematik¹¹⁵ – ohne Zustimmung der Streitparteien vormals im Rahmen von ICSID-Verfahren mangels ausdrücklicher Normierung umstritten war,¹¹⁶ ist eine entsprechende Kompetenz der Schiedsgerichte seit 2006 auf der Basis von Rule 37 Abs. 2 ICSID Arbitration Rules nunmehr ausdrücklich anerkannt.¹¹⁷

C. Ausblick

Es bedarf kaum einer Erwähnung, dass im Rahmen dieser Abhandlung keine auch nur annähernd einen Anspruch auf Vollständigkeit erhebende Analyse der angesprochenen Themenbereiche möglich gewesen ist. Gleichwohl ist bereits auf der Grundlage des vorliegenden Überblicks deutlich geworden, dass die Berücksichtigung menschenrechtlicher Fragestellungen in den Rechtssetzungs- und Rechtsverwirklichungsprozessen des internationalen Investitionsrechts gegenwärtig zu den zentralen Herausforderungen im Rahmen der Diskussion über die Möglichkeiten und Perspektiven einer menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen gehört. Vor diesem Hintergrund ist es für die am internationalen Schutz der Menschenrechte Interessierten angezeigt, sich eingehender mit dem Investitionsrecht auseinanderzusetzen, um auf informierter Grundlage – und damit in effektiver Weise – an den Diskursen über die Implementierung der Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte in diesem Rechtsbereich mitwirken zu können. Der vielzitierte „Blick über den Tellerrand“ schadet eigentlich nie. In der vorliegenden Konstellation erscheint er im Interesse eines effektiven Menschenrechtsschutzes darüber hinaus aber sogar zwingend geboten.

¹¹⁴ Allgemein hierzu *Francioni*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, 63 (74 ff.); *Harrison*, in: Dupuy/Francioni/Petersmann (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law*, 396 ff.; deutlich skeptisch demgegenüber z.B. *Dumberry/Dumas-Aubin*, *Journal of World Investment & Trade* 13 (2012), 349 (371) („this option is not well-suited to raise human rights concerns in investor-State arbitration“).

¹¹⁵ Hierzu statt vieler *Nowrot*, *Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht*, 398 ff., m.w.N.

¹¹⁶ Ablehnend u.a. *Aguas del Tunari v. Bolivia*, ICSID Case No. ARB/02/3, Decision on Jurisdiction v. 21. Oktober 2005, paras. 15 ff.; grundsätzlich für zulässig erachtend beispielsweise *Aguas Argentinas et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/19, Order in Response to a Petition for Transparency and Participation as *amicus curiae* v. 19. Mai 2005; *Aguas Provinciales de Santa Fe S.A. et al. v. Argentina*, ICSID Case No. ARB/03/17, Order in Response to a Petition for Transparency and Participation as *amicus curiae* v. 17. März 2006. Siehe zur Entwicklung in der investitionsschiedsgerichtlichen Praxis auch z.B. *Levine*, *Berkeley Journal of International Law* 29 (2011), 200 (208 ff.); *Fach Gómez*, *Fordham International Law Journal* 35 (2012), 510 (534 ff.), jeweils m.w.N.

¹¹⁷ Eingehender hierzu sowie zu den einzelnen Voraussetzungen *Schreuer/Malintoppi/Reinisch/Sinclair*, *The ICSID Convention*, Article 44, Rn. 122 ff.; *Zachariasiewicz*, *Journal of International Arbitration* 29 (2012), 205 (212 ff.); *Tams/Zoellner*, *AVR* 45 (2007), 217 (227 ff.); *Triantafilou*, *Arbitration International* 24 (2008), 571 ff.; aus der neueren Praxis vgl. u.a. *Biwater Gauff v. Tanzania*, ICSID Case No. ARB/05/22, Procedural Order No. 5 v. 2. Februar 2007; *Biwater Gauff v. Tanzania*, ICSID Case No. ARB/05/22, Award v. 24. Juli 2008, paras. 57 ff., 356 ff.; *Pac Rim Cayman LLC v. El Salvador*, ICSID Case No. ARB/09/12, Procedural Order No. 8 v. 23. März 2011; *Pac Rim Cayman LLC v. El Salvador*, ICSID Case No. ARB/09/12, Decision on the Respondent's Jurisdictional Objections v. 1. Juni 2012, paras. 1.33 ff., 2.36 ff.; 4.58 f.; sowie, wenngleich auf der Grundlage eines sehr restriktiven Verständnisses, *Bernhard von Pezold and Others v. Zimbabwe*, ICSID Case No. ARB/10/15 and *Border Timbers Ltd., Border Timbers International et al. v. Zimbabwe*, ICSID Case No. ARB/10/25, Procedural Order No. 2 v. 26. Juni 2012, paras. 48 ff.

SCHRIFTTUM

- van Aaken*, Anne, Fragmentation of International Law: The Case of International Investment Law, *Finnish Yearbook of International Law* 17 (2006), 91-130.
- Alvarez*, José Enrique, The Public International Law Regime Governing International Investment, *Recueil des Cours* 344 (2009), 193-541.
- Beviglia Zampetti*, Americo/*Sauvé*, Pierre, International investment, in: Guzman, Andrew T./Sykes, Alan O. (Hrsg.), *Research Handbook in International Economic Law*, Cheltenham/Northampton 2007, 211-270.
- Blackaby*, Nigel/*Richard*, Caroline, Amicus Curiae: A Panacea for Legitimacy in Investment Arbitration?, in: Waibel, Michael/Kaushal, Asha/Chung, Kyo-Hwa Liz/Balchin, Claire (Hrsg.), *The Backlash Against Investment Arbitration – Perceptions and Reality*, Austin/ Boston/Chicago u.a. 2010, 253-274.
- Braun*, Tillmann Rudolf, *Ausprägungen der Globalisierung: Der Investor als partielles Subjekt im Internationalen Investitionsrecht*, Baden-Baden 2012.
- The Effects of Globalization on the Development of International Investment Law, in: Hobe, Stephan (Hrsg.), *Globalisation – The State and International Law*, Stuttgart 2009, 51-60.
- Callies*, Christian, Finanzkrisen als Herausforderung der internationalen, europäischen und nationalen Rechtsetzung, *Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* 71 (2012), 113-182.
- Charnovitz*, Steve, The WTO and Cosmopolitics, *Journal of International Economic Law* 7 (2004), 675-682.
- Choudhury*, Barnali, Exception Provisions as a Gateway to Incorporating Human Rights Issues into International Investment Agreements, *Columbia Journal of Transnational Law* 49 (2011), 670-716.
- Corten*, Olivier/*Klein*, Pierre (Hrsg.), *The Vienna Conventions on the Law of Treaties, A Commentary*, Band I, Oxford/New York 2011.
- Cottier*, Thomas, Trade and Human Rights: A Relationship to Discover, *Journal of International Economic Law* 5 (2002), 111-132.
- Dahm*, Georg/*Delbrück*, Jost/*Wolfgram*, Rüdiger, *Völkerrecht*, Band I/1, 2. Auflage, Berlin/New York 1989.
- Davis*, Jeffrey, *Justice Across Borders – The Struggle for Human Rights in U.S. Courts*, Cambridge 2008.
- Delaney*, Joachim/*Magraw*, Daniel B., Procedural Transparency, in: Muchlinski, Peter/Ortino, Federico/Schreuer, Christoph (Hrsg.), *International Investment Law*, Oxford/ New York 2008, 721-788.
- Delbrück*, Jost, Exercising Public Authority Beyond the State: Transnational Democracy and/or Alternative Legitimation Strategies?, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 10 (2003), 29-43.
- Prospects for a “World (Internal) Law?”: Legal Developments in a Changing International System, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 9 (2002), 401-431.
- Dörr*, Oliver/*Schmalenbach*, Kirsten (Hrsg.), *Vienna Convention on the Law of Treaties – A Commentary*, Heidelberg/Dordrecht/London u.a. 2012.
- Dolzer*, Rudolf, Menschenrechte im internationalen Wirtschaftsrecht, in: Herdegen, Matthias/Klein, Hans Hugo/Papier, Hans-Jürgen/Scholz, Rupert (Hrsg.), *Staatsrecht und Politik – Festschrift für Roman Herzog zum 75. Geburtstag*, München 2009, 55-66.
- Der Staat aus der Sicht des internationalen Wirtschaftsrechts, in: Depenheuer, Otto/Heintzen, Markus/Jestaedt, Matthias/Axer, Peter (Hrsg.), *Staat im Wort – Festschrift für Josef Isensee*, Heidelberg 2007, 61-72.

- The Impact of International Investment Treaties on Domestic Administrative Law, *New York University Journal of International Law and Politics* 37 (2005), 953-972.
 - Eigentum, Enteignung und Entschädigung im geltenden Völkerrecht, Berlin/Heidelberg/New York u.a. 1985.
- Dolzer, Rudolf/Schreuer, Christoph*, Principles of International Investment Law, Oxford/New York 2008.
- Douglas, Zachary*, The International Law of Investment Claims, Cambridge 2009.
- Dugan, Christopher F./Wallace, Don/Rubins, Noah/Sabahi, Borzu*, Investor-State Arbitration, Oxford/New York 2008.
- Dumberry, Patrick/Dumas-Aubin, Gabrielle*, When and How Allegations of Human Rights Violations can be Raised in Investor-State Arbitration, *Journal of World Investment & Trade* 13 (2012), 349-372.
- Dupuy, Pierre-Marie*, Unification Rather than Fragmentation of International Law? The Case of International Investment Law and Human Rights Law, in: ders./Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, Oxford/New York 2009, 45-62.
- Fach Gómez, Katia*, Rethinking the Role of Amicus Curiae in International Investment Arbitration: How to Draw the Line Favorably for the Public Interest, *Fordham International Law Journal* 35 (2012), 510-564.
- Fikentscher, Wolfgang*, Wirtschaftsrecht, Band 1, München 1983.
- Francioni, Francesco*, Access to Justice, Denial of Justice, and International Investment Law, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, Oxford/New York 2009, 63-81.
- Fry, James D.*, International Human Rights Law in Investment Arbitration: Evidence of International Law's Unity, *Duke Journal of Comparative and International Law* 18 (2007), 77-149.
- García-Bolívar, Omar E.*, Sovereignty v. Investment Protection: Back to Calvo?, *ICSID Review – Foreign Investment Law Journal* 24 (2009), 464-488.
- Gardiner, Richard K.*, Treaty Interpretation, Oxford/New York 2008.
- Griebel, Jörn*, Internationales Investitionsrecht, München 2008.
- Gutto, S.B.O.*, Violation of Human Rights in the Third World: Responsibility of States and TNCs, in: Snyder, Frederick E./Sathirathai, Surakiart (Hrsg.), Third World Attitudes Toward International Law, Dordrecht/Boston/Lancaster 1987, 275-292.
- Habermas, Jürgen*, Legitimationsprobleme im modernen Staat, in: Kielmansegg, Peter Graf (Hrsg.), Legitimationsprobleme politischer Systeme, Opladen 1976, 39-61.
- Häberle, Peter*, Nationales Verfassungsrecht, regionale „Staatenverbände“ und das Völkerrecht als universales Menschheitsrecht: Konvergenzen und Divergenzen, in: Gaitanides, Charlotte/Kadelbach, Stefan/Iglesias, Gil Carlos Rodriguez (Hrsg.), Europa und seine Verfassung – Festschrift für Manfred Zuleeg zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 2005, 80-91.
- Happ, Richard*, Schiedsverfahren zwischen Staaten und Investoren nach Artikel 26 Energiecharta-vertrag, Frankfurt am Main 2000.
- Harrison, James*, Human Rights Arguments in *Amicus Curiae* Submissions: Promoting Social Justice?, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, Oxford/New York 2009, 396-421.
- Van Harten, Gus*, Investment Treaty Arbitration and Public Law, Oxford/New York 2007.
- Hepburn, Jarrod/Kuuya, Vuyelwa*, Corporate Social Responsibility and Investment Treaties, in: Cordonier Segger, Marie-Claire/Gehring, Markus W./Newcombe, Andrew (Hrsg.), Sustainable Development in World Investment Law, Alphen aan den Rijn u.a. 2011, 589-609.
- Herdegen, Matthias*, Völkerrecht, 11. Auflage, München 2012.

- Herrmann*, Christoph/*Weiß*, Wolfgang/*Ohler*, Christoph, Welthandelsrecht, 2. Auflage, München 2007.
- Hesse*, Konrad, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Auflage, Heidelberg 1995.
- Higgins*, Rosalyn, Problems and Process – International Law and how we use it, Oxford/New York 1994.
- Hilf*, Meinhard/*Hörmann*, Saskia, Die WTO – Eine Gefahr für die Verwirklichung der Menschenrechte, Archiv des Völkerrechts 43 (2005), 397-463.
- Hilf*, Meinhard/*Oeter*, Stefan, Perspektiven der Welthandelsordnung, in: dies. (Hrsg.), WTO-Recht – Rechtsordnung des Welthandels, 2. Auflage, Baden-Baden 2010, 706-719.
- Hilpold*, Peter, Human Rights and WTO Law: From Conflict to Coordination, Archiv des Völkerrechts 45 (2007), 484-516.
- Hingst*, Ulla, Auswirkungen der Globalisierung auf das Recht der völkerrechtlichen Verträge, Berlin 2001.
- Hirsch*, Moshe, Investment Tribunals and Human Rights: Divergent Paths, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, Oxford/New York 2009, 97-117.
- Interactions between Investment and Non-Investment Obligations, in: Muchlinski, Peter/Ortino, Federico/Schreuer, Christoph (Hrsg.), International Investment Law, Oxford/ New York 2008, 154-181.
- Hobe*, Stephan, Einführung in das Völkerrecht, 9. Auflage, Tübingen 2008.
- Enteignung zu Zwecken des Umweltschutzes: Zur ICSID Arbitration Compania del Desarrollo de Santa Elena, S.A. und Republik von Costa Rica (ILM 39 [2000], 1317), Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts 22 (2002), 249-251.
- Huarte Melgar*, Beatriz/*Nowrot*, Karsten/*Yuan*, Wang, The 2011 Update of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises: Balanced Outcome or an Opportunity Missed?, Halle/Saale 2011.
- Jacob*, Marc, International Investment Agreements and Human Rights, INEF Research Paper Series on Human Rights, Corporate Responsibility and Sustainable Development 03/2010.
- Jennings*, Sir Robert/*Watts*, Sir Arthur, Oppenheim's International Law, Band I, Introduction and Part 1, 9. Auflage, Harlow 1992.
- Johnson*, O. Thomas/*Gimblett*, Jonathan, From Gunboats to BITs: The Evolution of Modern International Investment Law, in: Sauvant, Karl P. (Hrsg.), Yearbook of International Investment Law & Policy 2010-2011, Oxford/New York 2012, 649-692.
- Kamminga*, Menno T., Corporate Social Responsibility and International Law, in: International Law Association (Hrsg.), Report of the Seventy-First Session held in Berlin 16-21 August 2004, London 2004, 422-427.
- Kaushal*, Asha, Revisiting History: How the Past Matters for the Present Backlash Against the Foreign Investment Regime, Harvard International Law Journal 50 (2009), 491-534.
- Kimminich*, Otto, Das Völkerrecht und die neue Weltwirtschaftsordnung, Archiv des Völkerrechts 20 (1982), 2-39.
- Klabbers*, Jan/*Peters*, Annel/*Ulfstein*, Geir, The Constitutionalization of International Law, Oxford/New York 2009.
- Klein*, Nicolas, Human Rights and International Investment Law: Investment Protection as Human Right?, Goettingen Journal of International Law 4 (2012), 199-215.
- Krajewski*, Markus, Rechtliche Steuerung transnationaler Unternehmen, in: Giegerich, Thomas (Hrsg.), Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht in der Krise, Berlin 2011, 35-70.
- Wirtschaftsvölkerrecht, 2. Auflage, Heidelberg 2009.

- Krajewski, Markus/Ceyssens, Jan*, Internationaler Investitionsschutz und innerstaatliche Regulierung, *Archiv des Völkerrechts* 45 (2007), 180-216.
- Kulick, Andreas*, *Global Public Interest in International Investment Law*, Cambridge 2012.
- Lauterpacht, Elihu*, International Law and Private Foreign Investment, *Indiana Journal of Global Legal Studies* 4 (1997), 259-276.
- Levine, Eugenia*, *Amicus Curiae* in International Investment Arbitration: The Implications of an Increase in Third-Party Participation, *Berkeley Journal of International Law* 29 (2011), 200-224.
- Liberti, Lahra*, The Relevance of Non-Investment Treaty Obligations in Assessing Compensation, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), *Human Rights in International Investment Law and Arbitration*, Oxford/New York 2009, 557-564.
- Lowenfeld, Andreas F.*, *International Economic Law*, 2. Auflage, Oxford/New York 2008.
- Luhmann, Niklas*, Die Weltgesellschaft, *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 57 (1971), 1-35.
- Malik, Mahnaz*, The IISD Model International Agreement on Investment for Sustainable Development, in: Cordonier Segger, Marie-Claire/Gehring, Markus W./Newcombe, Andrew (Hrsg.), *Sustainable Development in World Investment Law*, Alphen aan den Rijn u.a. 2011, 565-584.
- Mann, Howard*, *International Investment Agreements, Business and Human Rights: Key Issues and Opportunities*, International Institute for Sustainable Development, February 2008.
- McLachlan, Campbell/Shore, Laurence/Weiniger, Matthew*, *International Investment Arbitration*, Oxford/New York 2007.
- Menaker, Andrea J.*, Piercing the Veil of Confidentiality: The Recent Trend Towards Greater Public Participation and Transparency in Investor-State Arbitration, in: Yannaca-Small, Katia (Hrsg.), *Arbitration under International Investment Agreements*, Oxford/New York 2010, 129-160.
- Moller, Nicholas S.*, The World Bank: Human Rights, Democracy and Governance, *Netherlands Quarterly of Human Rights* 15 (1997), 21-45.
- Mosler, Hermann*, Die Erweiterung des Kreises der Völkerrechtssubjekte, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 4 (1961), 39-79.
- Muchlinski, Peter T.*, Regulating Multinationals: Foreign Investment, Development, and the Balance of Corporate and Home Country Rights and Responsibilities in a Globalizing World, in: Alvarez, José E./Sauvant, Karl P. (Hrsg.), *The Evolving International Investment Regime: Expectations, Realities, Options*, Oxford 2011, 30-59.
- The Diplomatic Protection of Foreign Investors: A Tale of Judicial Caution, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), *International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer*, Oxford/New York 2009, 341-362.
 - The Framework of Investment Protection: The Content of BITs, in: Sauvant, Karl P./Sachs, Lisa E. (Hrsg.), *The Effect of Treaties on Foreign Direct Investment: Bilateral Investment Treaties, Double Taxation Treaties, and Investment Flows*, Oxford/New York 2009, 37-71.
 - ‘Caveat Investor’? The Relevance of the Conduct of the Investor under the Fair and Equitable Treatment Standard, *International and Comparative Law Quarterly* 55 (2006), 527-557.
- Nelson, Timothy G.*, Human Rights Law and BIT Protection: Areas of Convergence, *Journal of World Investment & Trade* 12 (2011), 27-47.
- Nettesheim, Martin*, Von der Verhandlungsdiplomatie zur internationalen Verfassungsordnung – Zur Entwicklung der Ordnungsformen des internationalen Wirtschaftsrechts, in: Classen, Claus Dieter/Dittmann, Armin/Fechner, Frank/Gassner, Ulrich M./Kilian, Michael (Hrsg.), „In einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen ...“ *Liber amicorum Thomas Oppermann*, Berlin 2001, 381-409.

- Newcombe*, Andrew, General Exceptions in International Investment Agreements, in: Cordonier Segger, Marie-Claire/Gehring, Markus W./Newcombe, Andrew (Hrsg.), Sustainable Development in World Investment Law, Alphen aan den Rijn u.a. 2011, 355-370.
- Investor Misconduct: Jurisdiction, Admissibility or Merits?, in: Brown, Chester/Miles, Kate (Hrsg.), Evolution in Investment Treaty Law and Arbitration, Cambridge 2011, 187-200.
- Nowrot*, Karsten, Obligations of Investors, in: Bungenberg, Marc/Griebel, Jörn/Hobe, Stephan/Reinisch, August (Hrsg.), International Investment Law (im Erscheinen).
- Transnational Corporations as Steering Subjects in International Economic Law: Two Competing Visions of the Future?, Indiana Journal of Global Legal Studies 18 (2011), 803-842.
 - International Investment Law and the Republic of Ecuador: From Arbitral Bilateralism to Judicial Regionalism, Halle/Saale 2010.
 - Steuerungsstrukturen und -mechanismen im Internationalen Wirtschaftsrecht (einschließlich regionale Wirtschaftsintegration), in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, Berlin 2009, 61-144.
 - Den „Kinderschuhen“ entwachsen: Die (Wieder-)Entdeckung der rechtssoziologischen Perspektive in der Dogmatik der Völkerrechtssubjektivität, Zeitschrift für Rechtssoziologie 28 (2007), 21-48.
 - Normative Ordnungsstruktur und private Wirkungsmacht – Konsequenzen der Beteiligung transnationaler Unternehmen an den Rechtssetzungsprozessen im internationalen Wirtschaftssystem, Berlin 2006.
- Nowrot*, Karsten/*Wardin*, Yvonne, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung – Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser als Aufgabe einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft, Halle/Saale 2003.
- Park*, William W., Arbitrator Integrity, in: Waibel, Michael/Kaushal, Asha/Chung, Kyo-Hwa Liz/Balchin, Claire (Hrsg.), The Backlash Against Investment Arbitration – Perceptions and Reality, Austin/Boston/Chicago u.a. 2010, 189-251.
- Perkams*, Markus, Internationale Investitionsschutzabkommen im Spannungsfeld zwischen effektivem Investitionsschutz und staatlichem Gemeinwohl, Baden-Baden 2011.
- Peterson*, Luke E., Human Rights and Bilateral Investment Treaties, Montreal 2009.
- Qureshi*, Asif H./*Ziegler*, Andreas R., International Economic Law, 3. Auflage, London 2011.
- Radi*, Yannick, Realizing Human Rights in Investment Treaty Arbitration: A Perspective from within the International Investment Law Toolbox, North Carolina Journal of International Law and Commercial Regulation 37 (2012), 1107-1185.
- Reiner*, Clara/*Schreuer*, Christoph, Human Rights and International Investment Arbitration, in: Dupuy, Pierre-Marie/Francioni, Francesco/Petersmann, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Human Rights in International Investment Law and Arbitration, Oxford/New York 2009, 82-96.
- Reinisch*, August, Die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, Berlin 2009, 801-817.
- The Future of Investment Arbitration, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer, Oxford/New York 2009, 894-916.
 - Internationales Investitionsschutzrecht, in: Tietje, Christian (Hrsg.), Internationales Wirtschaftsrecht, Berlin 2009, 346-374.
- Roe*, Thomas/*Happold*, Matthew, Settlement of Investment Disputes under the Energy Charter Treaty, Cambridge 2011.
- Spiermann*, Ole, Individual Rights, State Interests and the Power to Waive ICSID Jurisdiction under Bilateral Investment Treaties, Arbitration International 20 (2004), 179-211.
- Salacuse*, Jeswald W., The Law of Investment Treaties, Oxford/New York 2010.

- Salacuse, Jeswald W./Sullivan, Nicholas P.*, Do BITs Really Work? An Evaluation of Bilateral Investment Treaties and their Grand Bargain, *Harvard International Law Journal* 46 (2005), 67-130.
- Santiago Tawil, Guido*, Most Favoured Nation Clauses and Jurisdictional Clauses in Investment Treaty Arbitration, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), *International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer*, Oxford/New York 2009, 9-30.
- Scheffer, Megan W.*, Bilateral Investment Treaties: A Friend or a Foe to Human Rights?, *Denver Journal of International Law and Policy* 39 (2011), 483-521.
- Scheyli, Martin*, *Konstitutionelle Gemeinwohlorientierung im Völkerrecht*, Berlin 2008.
- Schill, Stephan W.*, *The Multilateralization of International Investment Law*, Cambridge 2009.
- Schmalenbach, Kirsten*, Multinationale Unternehmen und Menschenrechte, *Archiv des Völkerrechts* 39 (2001), 57-81.
- Schöbener, Burkhard/Herbst, Jochen/Perkams, Markus*, *Internationales Wirtschaftsrecht*, Heidelberg u.a. 2010.
- Schorkopf, Frank*, Das Verhältnis von Umwelt- und Menschenrechtsschutz im Investitionsrecht, in: Ehlers, Dirk/Wolffgang, Hans-Michael/Schröder, Ulrich Jan (Hrsg.), *Rechtsfragen internationaler Investitionen*, Frankfurt am Main 2009, 137-149.
- Schreuer, Christoph*, Consent to Arbitration, in: Muchlinski, Peter/Ortino, Federico/Schreuer, Christoph (Hrsg.), *International Investment Law*, Oxford/New York 2008, 830-867.
- Schreuer, Christoph/Malintoppi, Loretta/Reinisch, August/Sinclair, Anthony*, *The ICSID Convention – A Commentary*, 2. Auflage, Cambridge 2009.
- Schwartmann, Rolf*, *Private im Wirtschaftsvölkerrecht*, Tübingen 2005.
- Simma, Bruno*, Foreign Investment Arbitration: A Place for Human Rights?, *International and Comparative Law Quarterly* 60 (2011), 573-596.
- (Hrsg.), *The Charter of the United Nations – A Commentary*, Band 2, 2. Auflage, Oxford 2002.
- From Bilateralism to Community Interest in International Law, *Recueil des Cours* 250 (1994), 217-384.
- Simma, Bruno/Kill, Theodore*, Harmonizing Investment Protection and International Human Rights: First Steps towards a Methodology, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), *International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer*, Oxford/New York 2009, 678-707.
- Skogly, Sigrun I.*, *The Human Rights Obligations of the World Bank and the International Monetary Fund*, London/Sidney 2001.
- Sornarajah, Muthucumaraswamy*, *The International Law on Foreign Investment*, 3. Auflage, Cambridge 2010.
- Spears, Suzanne A.*, The Quest for Policy Space in a New Generation of International Investment Agreements, *Journal of International Economic Law* 13 (2010), 1037-1075.
- Stern, Klaus*, *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Band III/1, München 1988.
- Taillant, Jorge Daniel/Bonnitcha, Jonathan*, International Investment Law and Human Rights, in: Cordonier Segger, Marie-Claire/Gehring, Markus W./Newcombe, Andrew (Hrsg.), *Sustainable Development in World Investment Law*, Alphen aan den Rijn u.a. 2011, 57-80.
- Tams, Christian J./Zoellner, Carl-Sebastian*, Amici Curiae im internationalen Investitionsschutzrecht, *Archiv des Völkerrechts* 45 (2007), 217-243.
- Tietje, Christian*, Architektur der Weltfinanzordnung, *Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht* 45 (2012), 243-281.
- Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich – Kohärenz von Staaten- und Unternehmensverantwortung?, Halle/Saale 2012.

- Bilaterale Investitionsschutzverträge zwischen EU-Mitgliedstaaten (Intra-EU-BITs) als Herausforderung im Mehrebenensystem des Rechts, *Kölner Schrift zum Wirtschaftsrecht* 2011, 128-135.
 - Grundstrukturen, Rechtsstand und aktuelle Herausforderungen des internationalen Investitionsschutzrechts, in: Giegerich, Thomas (Hrsg.), *Internationales Wirtschafts- und Finanzrecht in der Krise*, Berlin 2011, 11-33.
 - Internationales Investitionsschutzrecht im Spannungsverhältnis von staatlicher Regelungsfreiheit und Schutz wirtschaftlicher Individualinteressen, Halle/Saale 2010.
 - Begriff, Geschichte und Grundlagen des Internationalen Wirtschaftssystems und Wirtschaftsrechts, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, Berlin 2009, 1-60.
 - Internationaler Investitionsrechtsschutz, in: Ehlers, Dirk/Schoch, Friedrich (Hrsg.), *Rechtsschutz im Öffentlichen Recht*, Berlin 2009, 63-97.
 - Rechtsschutz und Streitbeilegung in der Welthandelsorganisation (WTO), in: Ehlers, Dirk/Schoch, Friedrich (Hrsg.), *Rechtsschutz im Öffentlichen Recht*, Berlin 2009, 37-61.
 - (Hrsg.), *Welthandelsorganisation*, Textausgabe mit Einführung, 4. Auflage, München 2009.
 - WTO und Recht des Welthandels, in: ders. (Hrsg.), *Internationales Wirtschaftsrecht*, Berlin 2009, 145-214.
 - The Applicability of the Energy Charter Treaty in ICSID Arbitration of EU Nationals vs. EU Member States, Halle/Saale 2008.
 - The Law Governing the Settlement of International Investment Disputes – Structures and Recent Developments, in: ders. (Hrsg.), *International Investment Protection and Arbitration – Theoretical and Practical Perspectives*, Berlin 2008, 17-33.
 - Grundlagen und Perspektiven der WTO-Rechtsordnung, in: Prieß, Hans-Joachim/Berrisch, Georg M. (Hrsg.), *WTO-Handbuch – World Trade Organisation*, München 2003, Abschnitt A.II., 17-37.
 - Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen des Rechts der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten, Halle/Saale 2003.
 - Normative Grundstrukturen der Behandlung nichttarifärer Handelshemmnisse in der WTO/GATT-Rechtsordnung, Berlin 1998.
- Tietje, Christian/Nowrot, Karsten/Wackernagel, Clemens*, Once and Forever? The Legal Effects of a Denunciation of ICSID, Halle/Saale 2008.
- Tietje, Christian/Szodruch, Alexander*, Staatsnotstand bei Staateninsolvenz – Individualrechte und Gemeinwohlbelange im transnationalen Wirtschaftsrecht, *Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft* 19 (2007), 498-503.
- Tomuschat, Christian*, Der fremdenrechtliche Mindeststandard im Völkerrecht, in: Merten, Detlef/Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa*, Band VI/2, Heidelberg 2009, 419-447.
- *Human Rights – Between Idealism and Realism*, 2. Auflage, Oxford/New York 2008.
 - *International Law: Ensuring the Survival of Mankind on the Eve of a New Century*, *Recueil des Cours* 281 (1999), 9-438.
- Trebilcock, Michael J./Howse, Robert*, Trade Policy & Labor Standards, *Minnesota Journal of Global Trade* 14 (2005), 261-300.
- Triantafyllou, Epaminontas E.*, *Amicus* Submissions in Investor-State Arbitration after *Suez v. Argentina*, *Arbitration International* 24 (2008), 571-586.
- Tully, Stephen*, *Corporations and International Lawmaking*, Boston/Leiden 2007.
- Verdross, Alfred*, *Völkerrecht*, 5. Auflage, Wien 1964.
- Verdross, Alfred/Simma, Bruno*, *Universelles Völkerrecht*, 3. Auflage, Berlin 1984.
- Villiger, Mark E.*, *Commentary on the 1969 Vienna Convention on the Law of Treaties*, Leiden/Boston 2009.

- Wälde*, Thomas W., Interpreting Investment Treaties: Experiences and Examples, in: Binder, Christina/Kriebaum, Ursula/Reinisch, August/Wittich, Stephan (Hrsg.), International Investment Law for the 21st Century – Essays in Honour of Christoph Schreuer, Oxford/New York 2009, 724-781.
- Weber*, Albrecht, Marktfreiheit oder kooperative Gemeinwohlverwirklichung im internationalen Wirtschaftsrecht?, in: Leible, Stefan/Ruffert, Matthias (Hrsg.), Völkerrecht und IPR, Jena 2006, 71-88.
- Weiler*, Todd, Balancing Human Rights and Investor Protection: A New Approach for a Different Legal Order, Boston College International and Comparative Law Review 27 (2004), 429-450.
- Zachariasiewicz*, Maciej, Amicus Curiae in International Investment Arbitration: Can it Enhance the Transparency of Investment Dispute Resolution?, Journal of International Arbitration 29 (2012), 205-224.
- Zemanek*, Karl, The Legal Foundations of the International System, Recueil des Cours 266 (1997), 9-336.
- Zoellner*, Carl-Sebastian, Das Transparenzprinzip im internationalen Wirtschaftsrecht, Halle/Saale 2009.
- Third Party Participation (NGO's and Private Persons) and Transparency in ICSID Proceedings, in: Hofmann, Rainer/Tams, Christian J. (Hrsg.), The International Convention on the Settlement of Investment Disputes (ICSID) – Taking Stock after 40 Years, Baden-Baden 2007, 179-208.

Beiträge zum Transnationalen Wirtschaftsrecht

(bis Heft 13 erschienen unter dem Titel: Arbeitspapiere aus dem
Institut für Wirtschaftsrecht – ISSN 1619-5388)

ISSN 1612-1368 (print)

ISSN 1868-1778 (elektr.)

Bislang erschienene Hefte

- Heft 1 Wiebe-Katrin Boie, Der Handel mit Emissionsrechten in der EG/EU – Neue Rechtssetzungsinitiative der EG-Kommission, März 2002, ISBN 3-86010-639-2
- Heft 2 Susanne Rudisch, Die institutionelle Struktur der Welthandelsorganisation (WTO): Reformüberlegungen, April 2002, ISBN 3-86010-646-5
- Heft 3 Jost Delbrück, Das Staatsbild im Zeitalter wirtschaftsrechtlicher Globalisierung, Juli 2002, ISBN 3-86010-654-6
- Heft 4 Christian Tietje, Die historische Entwicklung der rechtlichen Disziplinierung technischer Handelshemmnisse im GATT 1947 und in der WTO-Rechtsordnung, August 2002, ISBN 3-86010-655-4
- Heft 5 Ludwig Gramlich, Das französische Asbestverbot vor der WTO, August 2002, ISBN 3-86010-653-8
- Heft 6 Sebastian Wolf, Regulative Maßnahmen zum Schutz vor gentechnisch veränderten Organismen und Welthandelsrecht, September 2002, ISBN 3-86010-658-9
- Heft 7 Bernhard Kluttig/Karsten Nowrot, Der „Bipartisan Trade Promotion Authority Act of 2002“ – Implikationen für die Doha-Runde der WTO, September 2002, ISBN 3-86010-659-7
- Heft 8 Karsten Nowrot, Verfassungsrechtlicher Eigentumsschutz von Internet-Domains, Oktober 2002, ISBN 3-86010-664-3
- Heft 9 Martin Winkler, Der Treibhausgas-Emissionsrechtehandel im Umweltvölkerrecht, November 2002, ISBN 3-86010-665-1
- Heft 10 Christian Tietje, Grundstrukturen und aktuelle Entwicklungen des Rechts der Beilegung internationaler Investitionsstreitigkeiten, Januar 2003, ISBN 3-86010-671-6
- Heft 11 Gerhard Kraft/Manfred Jäger/Anja Dreiling, Abwehrmaßnahmen gegen feindliche Übernahmen im Spiegel rechtspolitischer Diskussion und ökonomischer Sinnhaftigkeit, Februar 2003, ISBN 3-86010-647-0
- Heft 12 Bernhard Kluttig, Welthandelsrecht und Umweltschutz – Kohärenz statt Konkurrenz, März 2003, ISBN 3-86010-680-5
- Heft 13 Gerhard Kraft, Das Corporate Governance-Leitbild des deutschen Unternehmenssteuerrechts: Bestandsaufnahme – Kritik – Reformbedarf, April 2003, ISBN 3-86010-682-1

- Heft 14 Karsten Nowrot/Yvonne Wardin, Liberalisierung der Wasserversorgung in der WTO-Rechtsordnung – Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser als Aufgabe einer transnationalen Verantwortungsgemeinschaft, Juni 2003, ISBN 3-86010-686-4
- Heft 15 Alexander Böhmer/Guido Glania, The Doha Development Round: Reintegrating Business Interests into the Agenda – WTO Negotiations from a German Industry Perspective, Juni 2003, ISBN 3-86010-687-2
- Heft 16 Dieter Schneider, „Freimütige, lustige und ernsthafte, jedoch vernunft- und gesetzmäßige Gedanken“ (Thomasius) über die Entwicklung der Lehre vom gerechten Preis und fair value, Juli 2003, ISBN 3-86010-696-1
- Heft 17 Andy Ruzik, Die Anwendung von Europarecht durch Schiedsgerichte, August 2003, ISBN 3-86010-697-X
- Heft 18 Michael Slonina, Gesundheitsschutz contra geistiges Eigentum? Aktuelle Probleme des TRIPS-Übereinkommens, August 2003, ISBN 3-86010-698-8
- Heft 19 Lorenz Schomerus, Die Uruguay-Runde: Erfahrungen eines Chef-Unterhändlers, September 2003, ISBN 3-86010-704-6
- Heft 20 Michael Slonina, Durchbruch im Spannungsverhältnis TRIPS and Health: Die WTO-Entscheidung zu Exporten unter Zwangslizenzen, September 2003, ISBN 3-86010-705-4
- Heft 21 Karsten Nowrot, Die UN-Norms on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights – Gelungener Beitrag zur transnationalen Rechtsverwirklichung oder das Ende des Global Compact?, September 2003, ISBN 3-86010-706-2
- Heft 22 Gerhard Kraft/Ronald Krengel, Economic Analysis of Tax Law – Current and Past Research Investigated from a German Tax Perspective, Oktober 2003, ISBN 3-86010-715-1
- Heft 23 Ingeborg Fogt Bergby, Grundlagen und aktuelle Entwicklungen im Streitbeilegungsrecht nach dem Energiechartavertrag aus norwegischer Perspektive, November 2003, ISBN 3-86010-719-4
- Heft 24 Lilian Habermann/Holger Pietzsch, Individualrechtsschutz im EG-Antidumpingrecht: Grundlagen und aktuelle Entwicklungen, Februar 2004, ISBN 3-86010-722-4
- Heft 25 Matthias Hornberg, Corporate Governance: The Combined Code 1998 as a Standard for Directors' Duties, März 2004, ISBN 3-86010-724-0
- Heft 26 Christian Tietje, Current Developments under the WTO Agreement on Subsidies and Countervailing Measures as an Example for the Functional Unity of Domestic and International Trade Law, März 2004, ISBN 3-86010-726-7
- Heft 27 Henning Jessen, Zollpräferenzen für Entwicklungsländer: WTO-rechtliche Anforderungen an Selektivität und Konditionalität – Die GSP-Entscheidung des WTO Panel und Appellate Body, Mai 2004, ISBN 3-86010-730-5

- Heft 28 Tillmann Rudolf Braun, Investment Protection under WTO Law – New Developments in the Aftermath of Cancún, Mai 2004, ISBN 3-86010-731-3
- Heft 29 Juliane Thieme, Latente Steuern – Der Einfluss internationaler Bilanzierungsvorschriften auf die Rechnungslegung in Deutschland, Juni 2004, ISBN 3-86010-733-X
- Heft 30 Bernhard Kluttig, Die Klagebefugnis Privater gegen EU-Rechtsakte in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes: Und die Hoffnung stirbt zuletzt..., September 2004, ISBN 3-86010-746-1
- Heft 31 Ulrich Immenga, Internationales Wettbewerbsrecht: Unilateralismus, Bilateralismus, Multilateralismus, Oktober 2004, ISBN 3-86010-748-8
- Heft 32 Horst G. Krenzler, Die Uruguay Runde aus Sicht der Europäischen Union, Oktober 2004, ISBN 3-86010-749-6
- Heft 33 Karsten Nowrot, Global Governance and International Law, November 2004, ISBN 3-86010-750-X
- Heft 34 Ulrich Beyer/Carsten Oehme/Friederike Karmrodt, Der Einfluss der Europäischen Grundrechtecharta auf die Verfahrensgarantien im Unionsrecht, November 2004, ISBN 3-86010-755-0
- Heft 35 Frank Rieger/Johannes Jester/ Michael Sturm, Das Europäische Kartellverfahren: Rechte und Stellung der Beteiligten nach Inkrafttreten der VO 1/03, Dezember 2004, ISBN 3-86010-764-X
- Heft 36 Kay Wissenbach, Systemwechsel im europäischen Kartellrecht: Dezentralisierte Rechtsanwendung in transnationalen Wettbewerbsbeziehungen durch die VO 1/03, Februar 2005, ISBN 3-86010-766-6
- Heft 37 Christian Tietje, Die Argentinien-Krise aus rechtlicher Sicht: Staatsanleihen und Staateninsolvenz, Februar 2005, ISBN 3-86010-770-4
- Heft 38 Matthias Bickel, Die Argentinien-Krise aus ökonomischer Sicht: Herausforderungen an Finanzsystem und Kapitalmarkt, März 2005, ISBN 3-86010-772-0
- Heft 39 Nicole Steinat, Comply or Explain – Die Akzeptanz von Corporate Governance Kodizes in Deutschland und Großbritannien, April 2005, ISBN 3-86010-774-7
- Heft 40 Karoline Robra, Welthandelsrechtliche Aspekte der internationalen Besteuerung aus europäischer Perspektive, Mai 2005, ISBN 3-86010-782-8
- Heft 41 Jan Bron, Grenzüberschreitende Verschmelzung von Kapitalgesellschaften in der EG, Juli 2005, ISBN 3-86010-791-7
- Heft 42 Christian Tietje/Sebastian Wolf, REACH Registration of Imported Substances – Compatibility with WTO Rules, July 2005, ISBN 3-86010-793-3
- Heft 43 Claudia Decker, The Tension between Political and Legal Interests in Trade Disputes: The Case of the TEP Steering Group, August 2005, ISBN 3-86010-796-8

- Heft 44 Christian Tietje (Hrsg.), Der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO), August 2005, ISBN 3-86010-798-4
- Heft 45 Wang Heng, Analyzing the New Amendments of China's Foreign Trade Act and its Consequent Ramifications: Changes and Challenges, September 2005, ISBN 3-86010-802-6
- Heft 46 James Bacchus, Chains Across the Rhine, October 2005, ISBN 3-86010-803-4
- Heft 47 Karsten Nowrot, The New Governance Structure of the Global Compact – Transforming a “Learning Network” into a Federalized and Parliamentarized Transnational Regulatory Regime, November 2005, ISBN 3-86010-806-9
- Heft 48 Christian Tietje, Probleme der Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels – Stärken und Schwächen des GATS, November 2005, ISBN 3-86010-808-5
- Heft 49 Katja Moritz/Marco Gesse, Die Auswirkungen des Sarbanes-Oxley Acts auf deutsche Unternehmen, Dezember 2005, ISBN 3-86010-813-1
- Heft 50 Christian Tietje/Alan Brouder/Karsten Nowrot (eds.), Philip C. Jessup's *Transnational Law* Revisited – On the Occasion of the 50th Anniversary of its Publication, February 2006, ISBN 3-86010-825-5
- Heft 51 Susanne Probst, Transnationale Regulierung der Rechnungslegung – International Accounting Standards Committee Foundation und Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee, Februar 2006, ISBN 3-86010-826-3
- Heft 52 Kerstin Rummel, Verfahrensrechte im europäischen Arzneimittelzulassungsrecht, März 2006, ISBN 3-86010-828-X
- Heft 53 Marko Wohlfahrt, Gläubigerschutz bei EU-Auslandsgesellschaften, März 2006, ISBN (10) 3-86010-831-X, ISBN (13) 978-3-86010-831-4
- Heft 54 Nikolai Fichtner, The Rise and Fall of the Country of Origin Principle in the EU's Services Directive – Uncovering the Principle's Premises and Potential Implications –, April 2006, ISBN (10) 3-86010-834-4, ISBN (13) 978-3-86010-834-5
- Heft 55 Anne Reinhardt-Salcinovic, Informelle Strategien zur Korruptionsbekämpfung – Der Einfluss von Nichtregierungsorganisationen am Beispiel von Transparency International –, Mai 2006, ISBN (10) 3-86010-840-9, ISBN (13) 978-3-86010-840-6
- Heft 56 Marius Rochow, Die Maßnahmen von OECD und Europarat zur Bekämpfung der Bestechung, Mai 2006, ISBN (10) 3-86010-842-5, ISBN (13) 978-3-86010-842-0
- Heft 57 Christian J. Tams, An Appealing Option? The Debate about an ICSID Appellate Structure, Juni 2006, ISBN (10) 3-86010-843-3, ISBN (13) 978-3-86010-843-7
- Heft 58 Sandy Hamelmann, Internationale Jurisdiktionskonflikte und Vernetzungen transnationaler Rechtsregime – Die Entscheidungen des Panels und des Appellate Body der WTO in Sachen “Mexico – Tax Measures on Soft Drinks and Other Beverages” –, Juli 2006, ISBN (10) 3-86010-850-6, ISBN (13) 978-3-86010-850-5
- Heft 59 Torje Sunde, Möglichkeiten und Grenzen innerstaatlicher Regulierung nach Art. VI GATS, Juli 2006, ISBN (10) 3-86010-849-2, ISBN (13) 978-3-86010-849-9

- Heft 60 Kay Wissenbach, Schadenersatzklagen gegen Kartellmitglieder – Offene Fragen nach der 7. Novellierung des GWB, August 2006, ISBN (10) 3-86010-852-2, ISBN (13) 978-3-86010-852-9
- Heft 61 Sebastian Wolf, Welthandelsrechtliche Rahmenbedingungen für die Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen – Multilaterale Investitionsverhandlungen oder Rückbesinnung auf bestehende Investitionsregelungen im Rahmen der WTO?, September 2006, ISBN (10) 3-86010-860-3, ISBN (13) 978-3-86010-860-4
- Heft 62 Daniel Kirmse, Cross-Border Delisting – Der Börsenrückzug deutscher Aktiengesellschaften mit Zweitnotierungen an ausländischen Handelsplätzen, Oktober 2006, ISBN (10) 3-86010-861-1, ISBN (13) 978-3-86010-861-1
- Heft 63 Karoline Kampermann, Aktuelle Entwicklungen im internationalen Investitionsschutzrecht mit Blick auf die staatliche Steuersouveränität, Dezember 2006, ISBN (10) 3-86010-879-4, ISBN (13) 978-3-86010-879-6
- Heft 64 Maria Pätz, Die Auswirkungen der Zinsrichtlinie innerhalb der EU und im Verhältnis zur Schweiz, April 2007, ISBN 978-3-86010-904-5
- Heft 65 Norman Hölzel, Kartellrechtlicher Individualrechtsschutz im Umbruch – Neue Impulse durch Grünbuch und *Zementkartell*, Mai 2007, ISBN 978-3-86010-903-8
- Heft 66 Karsten Nowrot, Netzwerke im Transnationalen Wirtschaftsrecht und Rechtsdogmatik, Mai 2007, ISBN 978-3-86010-908-3
- Heft 67 Marzena Przewlocka, Die rechtliche Regelung von Directors' Dealings in Deutschland und Polen – unter Berücksichtigung der Neuerungen durch das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz –, Juni 2007, ISBN 978-3-86010-909-0
- Heft 68 Steffen Fritzsche, Open Skies EU-USA – an extraordinary achievement!? August 2007, ISBN 978-3-86010-933-5
- Heft 69 Günter Hirsch, Internationalisierung und Europäisierung des Privatrechts, September 2007, ISBN 978-3-86010-922-9
- Heft 70 Karsten Nowrot, The Relationship between National Legal Regulations and CSR Instruments: Complementary or Exclusionary Approaches to Good Corporate Citizenship? Oktober 2007, ISBN 978-3-86010-945-8
- Heft 71 Martin Brenncke, Is “fair use” an option for U.K. copyright legislation? November 2007, ISBN 978-3-86010-963-2
- Heft 72 Rainer Bierwagen, Das Grünbuch der Europäischen Kommission zu den handelspolitischen Schutzinstrumenten der EG – ein Meilenstein in der Reformdebatte? November 2007, ISBN 978-3-86010-966-3
- Heft 73 Murad L. Wisniewski, Employee involvement in multinational corporations – A European perspective, Februar 2008, ISBN 978-3-86010-996-0
- Heft 74 Christian Tietje/Karsten Nowrot/Clemens Wackernagel, Once and Forever? The Legal Effects of a Denunciation of ICSID, March 2008, ISBN 978-3-86829-011-0

- Heft 75 Christian Tietje/Bernhard Kluttig, Beschränkungen ausländischer Unternehmensbeteiligungen und -übernahmen – Zur Rechtslage in den USA, Großbritannien, Frankreich und Italien, Mai 2008, ISBN 978-3-86829-035-6
- Heft 76 Daniel Scharf, Die Kapitalverkehrsfreiheit gegenüber Drittstaaten, Juni 2008, ISBN 978-3-86829-048-6
- Heft 77 Martina Franke, Chinas Währungspolitik in der Kritik des US-amerikanischen und des internationalen Wirtschaftsrechts, August 2008, ISBN 978-3-86829-069-1
- Heft 78 Christian Tietje, The Applicability of the Energy Charter Treaty in ICSID Arbitration of EU Nationals vs. EU Member States, September 2008, ISBN 978-3-86829-071-4
- Heft 79 Martin Brenncke, The EU Roaming Regulation and its non-compliance with Article 95 EC, October 2008, ISBN 978-3-86829-078-3
- Heft 80 Katharina Winzer, Der Umzug einer GmbH in Europa – Betrachtungen im Lichte der Rechtsprechung des EuGH sowie der aktuellen Gesetzgebung, November 2008, ISBN 978-3-86829-083-7
- Heft 81 Jürgen Bering, Die rechtliche Behandlung von ‚Briefkastenfirmen‘ nach Art. 17 ECT und im allgemeinen internationalen Investitionsschutzrecht, Dezember 2008, ISBN 978-3-86829-101-8
- Heft 82 Clemens Wackernagel, Das Verhältnis von treaty und contract claims in der internationalen Investitionsschiedsgerichtsbarkeit, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-103-2
- Heft 83 Christian Tietje, Die Außenwirtschaftsverfassung der EU nach dem Vertrag von Lissabon, Januar 2009, ISBN 978-3-86829-105-6
- Heft 84 Martina Franke, Historische und aktuelle Lösungsansätze zur Rohstoffversorgungssicherheit, Februar 2009, ISBN 978-3-86829-127-8
- Heft 85 Hans Tietmeyer, Währungs- und Finanzmarktstabilität als Aufgabe – Rückblick und Perspektiven, März 2009, ISBN 978-3-86829-119-3
- Heft 86 Wolfgang Ramsteck, Die Germany Trade and Invest GmbH und die Reformen der Außenwirtschaftsförderung des Bundes: Eine Kopie des britischen Ansatzes?, März 2009, ISBN 978-3-86829-129-2
- Heft 87 Sven Leif Erik Johannsen, Der Investitionsbegriff nach Art. 25 Abs. 1 der ICSID-Konvention, April 2009, ISBN 978-3-86829-131-5
- Heft 88 Koresuke Yamauchi, Das globale Internationale Privatrecht im 21. Jahrhundert – Wendung des klassischen Paradigmas des IPRs zur Globalisierung, Mai 2009, ISBN 978-3-86829-148-3
- Heft 89 Dana Ruddigkeit, Border Tax Adjustment an der Schnittstelle von Welthandelsrecht und Klimaschutz vor dem Hintergrund des Europäischen Emissionszertifikatehandels, Juli 2009, ISBN 978-3-86829-151-3

- Heft 90 Sven Leif Erik Johannsen, Die Kompetenz der Europäischen Union für ausländische Direktinvestitionen nach dem Vertrag von Lissabon, August 2009, ISBN 978-3-86829-155-1
- Heft 91 André Duczek, Rom II-VO und Umweltschädigung – Ein Überblick, September 2009, ISBN 978-3-86829-175-9
- Heft 92 Carsten Quilitzsch, Projektfinanzierung als Mittel zur Umsetzung inter-nationaler Rohstoffvorhaben, Oktober 2009, ISBN 978-3-86829-183-4
- Heft 93 Christian Tietje, Internationales Investitionsschutzrecht im Spannungsverhältnis von staatlicher Regelungsfreiheit und Schutz wirtschaftlicher Individualinteressen, Februar 2010, ISBN 978-3-86829-218-3
- Heft 94 Carsten Quilitzsch, Grenzüberschreitende Verlustverrechnung bei gewerblichen Betriebsstätten und Tochterkapitalgesellschaften in der Europäischen Union – Eine ökonomische Analyse, März 2010, ISBN 978-3-86829-259-6
- Heft 95 Christian Maurer, Die gesetzlichen Maßnahmen in Deutschland zur Finanzmarktstabilisierung 2008 und 2009 – verfassungs- und europarechtliche Probleme, April 2010, ISBN 978-3-86829-273-2
- Heft 96 Karsten Nowrot, International Investment Law and the Republic of Ecuador: From Arbitral Bilateralism to Judicial Regionalism, Mai 2010, ISBN 978-3-86829-276-3
- Heft 97 Diemo Dietrich/Jasper Finke/Christian Tietje, Liberalization and Rules on Regulation in the Field of Financial Services in Bilateral Trade and Regional Integration Agreements, Juni 2010, ISBN 978-3-86829-278-7
- Heft 98 Stefan Hoffmann, Bad Banks als Mittel zur Bewältigung der Wirtschaftskrise – Ein Vergleich der Modelle Deutschlands, der Schweiz, der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, Juli 2010, ISBN 978-3-86829-283-1
- Heft 99 Alexander Grimm, Das Schicksal des in Deutschland belegenen Vermögens der Limited nach ihrer Löschung im englischen Register, September 2010, ISBN 978-3-86829-293-0
- Heft 100 Ernst-Joachim Mestmäcker, Die Wirtschaftsverfassung der EU im globalen Systemwettbewerb, März 2011, ISBN 978-3-86829-346-3
- Heft 101 Daniel Scharf, Das Komitologieverfahren nach dem Vertrag von Lissabon – Neuerungen und Auswirkungen auf die Gemeinsame Handelspolitik, Dezember 2010, ISBN 978-3-86829-308-1
- Heft 102 Matthias Böttcher, „Clearstream“ – Die Fortschreibung der Essential Facilities-Doktrin im Europäischen Wettbewerbsrecht, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-318-0
- Heft 103 Dana Ruddigkeit, Die kartellrechtliche Beurteilung der Kopplungsgeschäfte von *eBay* und *PayPal*, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-316-6
- Heft 104 Christian Tietje, Bilaterale Investitionsschutzverträge zwischen EU-Mitgliedstaaten (Intra-EU-BITs) als Herausforderung im Mehrebenen-system des Rechts, Januar 2011, ISBN 978-3-86829-320-3

- Heft 105 Jürgen Bering/Tillmann Rudolf Braun/Ralph Alexander Lorz/Stephan W. Schill/Christian J. Tams/Christian Tietje, General Public International Law and International Investment Law – A Research Sketch on Selected Issues –, März 2011, ISBN 978-3-86829-324-1
- Heft 106 Christoph Benedict/Patrick Fiedler/Richard Happ/Stephan Hobe/Robert Hunter/Lutz Kniprath/Ulrich Klemm/Sabine Konrad/Patricia Nacimiento/Hartmut Paulsen/Markus Perkams/Marie Louise Seelig/Anke Sessler, The Determination of the Nationality of Investors under Investment Protection Treaties, März 2011, ISBN 978-3-86829-341-8
- Heft 107 Christian Tietje, Global Information Law – Some Systemic Thoughts, April 2011, ISBN 978-3-86829-354-8
- Heft 108 Claudia Koch, Incentives to Innovate in the Conflicting Area between EU Competition Law and Intellectual Property Protection – Investigation on the Microsoft Case, April 2011, ISBN 978-3-86829-356-2
- Heft 109 Christian Tietje, Architektur der Weltfinanzordnung, Mai 2011, ISBN 978-3-86829-358-6
- Heft 110 Kai Hennig, Der Schutz geistiger Eigentumsrechte durch internationales Investitionsschutzrecht, Mai 2011, ISBN 978-3-86829-362-3
- Heft 111 Dana Ruddigkeit, Das Financial Stability Board in der internationalen Finanzarchitektur, Juni 2011, ISBN 978-3-86829-369-2
- Heft 112 Beatriz Huarte Melgar/Karsten Nowrot/Wang Yuan, The 2011 Update of the OECD Guidelines for Multinational Enterprises: Balanced Outcome or an Opportunity Missed?, Juni 2011, ISBN 978-3-86829-380-7
- Heft 113 Matthias Müller, Die Besteuerung von Stiftungen im nationalen und grenzüberschreitenden Sachverhalt, Juli 2011, ISBN 978-3-86829-385-2
- Heft 114 Martina Franke, WTO, China – Raw Materials: Ein Beitrag zu fairem Rohstoffhandel?, November 2011, ISBN 978-3-86829-419-4
- Heft 115 Tilman Michael Dralle, Der Fair and Equitable Treatment-Standard im Investitionsschutzrecht am Beispiel des Schiedsspruchs *Glamis Gold v. United States*, Dezember 2011, ISBN 978-3-86829-433-0
- Heft 116 Steffen Herz, Emissionshandel im Luftverkehr: Zwischen EuGH-Entscheidung und völkerrechtlichen Gegenmaßnahmen?, Januar 2012, ISBN 978-3-86829-447-7
- Heft 117 Maria Joswig, Die Geschichte der Kapitalverkehrskontrollen im IWF-Übereinkommen, Februar 2012, ISBN 978-3-86829-451-4
- Heft 118 Christian Pitschas/Hannes Schloemann, WTO Compatibility of the EU Seal Regime: Why Public Morality is Enough (but May not Be Necessary) – The WTO Dispute Settlement Case “European Communities – Measures Prohibiting the Importation and Marketing of Seal Products”, Mai 2012, ISBN 978-3-86829-484-2
- Heft 119 Karl M. Meessen, Auf der Suche nach einem der Wirtschaft gemäßen Wirtschaftsrecht, Mai 2012, ISBN 978-3-86829-488-0

- Heft 120 Christian Tietje, Individualrechte im Menschenrechts- und Investitionsschutzbereich – Kohärenz von Staaten- und Unternehmensverantwortung?, Juni 2012, ISBN 978-3-86829-495-8
- Heft 121 Susen Bielesch, Problemschwerpunkte des Internationalen Insolvenzrechts unter besonderer Berücksichtigung der Durchsetzung eines transnationalen Eigentumsvorbehalts in der Insolvenz des Käufers, Juli 2012, ISBN 978-3-86829-500-9
- Heft 122 Karsten Nowrot, Ein notwendiger „Blick über den Tellerrand“: Zur Ausstrahlungswirkung der Menschenrechte im internationalen Investitionsrecht, August 2012, ISBN 978-3-86829-520-7